Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 7. April 1925** | **5. Jahrgang * Nr. 68**

Für Thälmann — gegen Hindenburg, Marx

Die Kandidatur Hindenburgs

TU. Hannover, 6. April.

Wie die „Telunion" von maßgebender Seite erfährt, haben gestern und heute mit Generalfeldmarschall von Hindenburg mehrfach Besprechungen über die Möglichkeit einer Reichspräsidentschaftskandidatur Hindenburgs stattgefunden. Gestern war u. a. auch ein Vertreter der Bayrischen Volkspartei in Hannover, um zu erklären, daß die Bayrische Volkspartei geschlossen für Hindenburg eintreten würde. Die heutigen Verhandlungen führten dazu, daß Freunde der Kandidatur Hindenburgs noch heute eine Abordnung nach Berlin senden werden, um, mit dem Reichsblock zu beraten. Im Laufe des morgigen Tages dürfte die positive Entscheidung Hindenburgs fallen. Es steht fest, daß er sich der Zusage unter der Versicherung, daß der Reichsblock hinter ihm stehe, nicht enthalte, da er der Auffassung ist, gegenüber dem Vaterlande das letzte Opfer zu bringen.

Die sächsischen Sozialdemokraten für Marx

TU. Dresden, 7. April.

Die linkssozialistische Presse Sachsens hat jetzt ihre Forderung der Aufstellung Brauns zum Reichspräsidentschaftskandidaten fallen gelassen und tritt für Marx ein. Die Schwankung wird mit dem Hinweis auf die Ueberlassung des „Vollwerkes Preußen" an die sozialdemokratische Führung begründet. Aus Gründen der Disziplin müsse der Parteibeschluß durchgeführt werden. Das Zentrumsorgan, die „Sächsische Volkszeitung", beruhigt seine Leser mit der Beteuerung, daß das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten am 26. April nicht einen Buchstaben im Programm der Zentrumspartei ändere oder vernichte.

*

Die „Leipziger Volkszeitung" bestätigt den Rechtssozialisten wahren Marxismus!

Schneller als man ahnen konnte, ist das Oppositionchen der „linken Sozialdemokraten" gegen die Sammelkandidatur Marx zu den Akten gelegt worden. Schrien sie gestern noch Zeter und Mordio gegen den drohenden Beschluß der Präsidentschaftskandidatur Marx, drohten sie vor wenigen Tagen noch mit Stimmenenthaltung, riefen sie kurz nach dem 29. März gegen dies „drohende Verhängnis" eine sächsische Parteiarbeiterkonferenz zusammen, die mit überwältigender Mehrheit die Kandidatur Marx ablehnte, so sind sie heute schon wieder zu Kreuze gekrochen. Um den betrogenen Wählern der SPD. die Marx-Sauce schmackhaft zu machen, schreiben sie zu dem endgültigen Beschluß der sozialdemokratischen Parteiinstanzen und denjenigen, die diesen Beschluß herbeigeführt haben, folgendes:

„Sie verfolgten die Ziele, die seinerzeit bereits Karl Marx gegen Ferdinand Lassalle vertrat. Marx verwies, im Gegensatz zum Bannerträger der deutschen Arbeiterbewegung aus den sechziger Jahren, auf die Gegensätze im Lager der bürgerlichen Parteien. Er wehrte sich gegen das Schlagwort von der einen reaktionären Masse und war bestrebt, die wirtschaftlichen Gegensätze im Lager des Bürgertums zugunsten des Proletariats auszunutzen."

Eine schmierigere und widerlichere Verbeugung, um nicht einen kräftigeren Ausdruck zu gebrauchen, vor den Marx begeisterten Zentralinstanzen der SPD. kann man sich wirklich nicht vorstellen.

Die „Leipziger Volkszeitung" bestätigt also den rechten Sozialdemokraten, daß sie die wahren Marxisten seien. Sie selbst begnügen sich mit der Rolle der Lassalleaner. Wenn Karl Marx identisch ist mit dem Reichskanzler, dem Betbruder und Ruhrmillionenbewilliger Wilhelm Marx, dann kann man den Instanzen der Sozialdemokratie dieses Prädikat zugestehen. Daß die „Leipziger Volkszeitung" den Rechtssozialisten wahren Marxismus zubilligt, beweist nur, daß sie mit Karl Marx überhaupt nichts mehr zu tun haben. Sie wissen so wenig von ihm, daß sie Karl Marx mit Wilhelm Marx verwechseln. Schlimmer kann die politische Verblödung und Geistesparalyse nicht mehr getrieben werden.

*

Das Umschwenken der linken SPD., die nunmehr für Marx geschlossen eintreten wird, hängt nicht mit der Kandidatur Hindenburgs zusammen, die nach den neuesten Meldungen für sehr wahrscheinlich gehalten werden muß. Das Zitat, das wir im Vorstehenden aus der „Leipziger Volkszeitung" bringen, ist der Sonnabendnummer dieser „linkssozialdemokratischen" Zeitung entnommen, als von einer Kandidatur Hindenburgs noch nicht die Rede war. Was die linken Sozialdemokraten bewogen hat, plötzlich umzuschwenken, ist lediglich der endgültige Beschluß der sozialdemokratischen Parteiinstanzen gewesen, denen sich die linken Sozialdemokraten in der widerlichsten Form gebeugt haben. Wenn in dem Sonnabendartikel der „L. V." auch noch einige mürrische Bemerkungen über die Frage der Parteidisziplin, die nicht in einem Kadavergehorsam ausmünden dürfe, gepflogen werden, so ist das nichts anderes, als das bescheidene Nachgrollen dieser lächerlichsten aller Oppositionen, um dem sächsischen SPD.-Wähler weiszumachen, daß sie schweren Herzens nur ihre Opposition aufgeben und sich auf den gegebenen Boden der Tatsachen stellen. Die Front ist klar: **Hindenburg, Marx auf der einen Seite, Thälmann auf der anderen.** Die Kommunisten haben, seitdem sie den Wahlkampf führen, keinen Zweifel daran gelassen, daß die Entscheidung, wer Reichspräsident wird, zwischen den bürgerlichen Gruppen fallen wird, d. h. im zweiten Wahlgang zwischen Marx und Hindenburg. Wenn es dem Reichsblock gelingen sollte, den uralten, preußischen Feldwebel Hindenburg kandidieren zu lassen, so verdessern sich zweifelsohne die Aussichten des Reichsblocks. Zarres war gegen Marx ein verlorener Mann; Hindenburg ist dies zweifelsohne auch noch, wenn auch durch diese Kandidatur der Reichsblock bestimmt die Stimmen der Bayrischen Volkspartei zu den seinigen hinzuzählen kann. Trotzdem wird auch Hindenburg das Rennen verlieren, da selbst, wenn die Sozialdemokraten einen beträchtlichen Teil ihrer Stimmen nicht an die Wahlurne für Marx bringen werden, Marx mit etwa einer Million Stimmenmehrheit durch das Ziel gehen wird.

Die Kommunistische Partei, die Thälmann erneut aufgestellt hat, dokumentiert durch die Stimmen, die sie auf Thälmann vereinigt, **den schärfsten Kampf gegen das wilhelminische System, gegen den Statthalter des wilhelminischen Systems, Hindenburg.** Darüber hinaus sind diese Stimmen der schärfste Protest gegen Marx, dessen republikanische Zuverlässigkeit geradezu lächerlich wirkt, wenn man bedenkt, daß die Zentrumspartei, sowohl im Reiche, wie auch in Württemberg und Bayern, sich auf Gedeih und Verderb den Deutschnationalen angeschlossen hat. Das Intermezzo der Weimarer Koalition in Preußen, das von den Sozialdemokraten für 7,8 Millionen SPD.-Stimmen eingehandelt worden ist, kann über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, **daß das Zentrum bereits zu vier Fünftel im Lager der Deutschnationalen steht.** Der Zentrumspfaffe Marx wird durch die SPD.-Stimmen auf sieben Jahre zum Reichspräsidenten gewählt, der Sozialdemokrat Braun darf dafür noch einige Wochen preußischer Ministerpräsident sein. Daß seine Herrschaft von Dauer ist, wird man selbst dem Dümmsten nicht weismachen können. Gegen diesen reaktionären Block gilt es, die Rote Front aufzurichten. Es gilt, jede Wahlmüdigkeit zu zerstreuen, die sich am 29. März in so starker Weise gerade bei der revolutionären Arbeiterschaft gezeigt hat. Das gilt besonders heute, wo die Brutalität des Staatsgerichtshofes sich anschickt, fünf Todesurteile zu fällen. Jede Stimme, die am 26. April für Thälmann abgegeben wird, verstärkt die Rote Front und bietet der Blutjustiz in Leipzig Stirn, daß sie es sich überlegen wird, ihr bis zur äußersten Brutalität gesteigertes Gebaren in derselben Schärfe und Rohheit fortzusetzen.

Ausbeuterstaat oder Arbeiterstaat?

Bei den gegenwärtigen Wahlen reden alle bürgerlichen Parteien — immer einschließlich der SPD. — unheimlich viel von Demokratie, Republik, national, sozial, Volkswohlfahrt und dergleichen schönen Dingen mehr. Der dumme Wähler muß doch irgendwie übertölpelt werden! Dieser hahnebüchene Wahlschwindel erinnert sehr an den mittelalterlichen Ablaßkram des Laufepfaffen Tetzel.

Unzählige Arbeiter fallen immer noch auf diese Lügen und Phrasen der Bourgeoisie und der vollständig verbürgerlichten SPD. herein, weil sie die Hohlheit dieser Phrasen und den elenden Arbeiterbetrug, der in den Begriffen „bürgerliche Demokratie" und „bürgerliche Republik" steckt, noch nicht durchschaut haben. Die „Gleichheit" im bürgerlichen Klassenstaat ist wirklich vortrefflich, herrlich, fast so schön wie im 1000jährigen Reich, wo die Wölfe mit den Lämmern weiden. In der schwarzweißrotgelben republikanisch-monarchistisch-bürgerlichen Demokratie gehen so in schöner Eintracht die Ausbeuter mit den Ausgebeuteten, die Unternehmer mit den Proleten auf die schöne Wahlwiese „stimmen", die Wölfe mit den Hammeln. Und wenn der Wahlakt fertig ist, fressen die Wölfe die Hammel auf. Es ist zwar nicht „demokratisch", nicht „republikanisch", aber es ist gut bürgerliches Ausbeuterrecht, sozusagen Naturrecht: Wozu haben denn die Wölfe Zähne und die Hammel gutes Fleisch? Der Herr hat alles weislich eingerichtet! Amen. Sela und Hallelujah!

Viele Arbeiter lassen sich in diesem schönen Glauben an die Göttlichkeit und Unübertrefflichkeit gerade dieser bürgerlichen Ausbeuterweltordnung einfach nicht erschüttern. „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben" spricht der Herr durch das Breimaul des wohlgenährten Maskaplans Eusebius Unsichlicht, sela! Wer zweifelt, sündigt wider den heiligen Geist des Maskaplans!

Die Kommunisten sind räudige Böcke, die die anderen braven Hammel verderben und in die Sünde verlocken: seht Euch doch diese „Demokratie", diese „Gleichheit", diese „Freiheit" des Arbeiters an in diesem monarchistisch-republikanischen Ausbeuterstaat! Muß das ewig so bleiben? Wollt Ihr nicht lieber eine proletarische Ordnung schaffen, wollt Ihr nicht lieber statt immer ausgebeutet zu werden, diesen Ausbeutern und Schmarotzern den Garaus machen und einen Staat der freien Arbeiter errichten? Sagt Euch das Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern gar nichts? Sie „erledigten" vor sieben Jahren ihre Parasiten und heute ist trotz ungeheurer Hindernisse ihr freier Arbeiterstaat so erstarkt, daß das starke Amerika vor Sowjet-Rußland erzittert und die ganze Welt zusammentrommelt zum Vernichtungskrieg gegen die Sowjets. Und trotzdem werden die russischen Arbeiter wieder siegen! Denn ein freies Proletariat ist unbesiegbar: Lieber den Tod, als in der Knechtschaft leben.

Die Demokratie und die Republik sind dem deutschen Arbeiter noch etwas Neues, ein buntes Ding, dessen trügerische Schädlichkeit er tagtäglich am eigenen Leibe erfährt, das er aber, weil er es sich solange wünschte und es schließlich so teuer bezahlte, doch glaubt schätzen und wert halten zu müssen. Diese Pfeife ist teuer bezahlt!

Noch haben die Arbeiter nicht erfaßt, daß die gesamte bürgerliche Ausbeuterklasse, die „Demokratie" und die „Republik" dem Proleten nur wie Speck durchs Maul zieht. Noch haben die Arbeiter nicht erkannt, daß es, solange die Ausbeuter das Privateigentum behaupten, von einer „Gleichheit" oder „Gerechtigkeit" im „Gemeinwesen", d. h. in der Republik, keine Rede sein kann. Die Ruhrindustriellen berauben ungestraft mit Hilfe sozialdemokratischer, monarchistischer und republikanischer Minister die Allgemeinheit um ungeheure Summen von Goldmillionen, sie schwelgen und prassen und verkaufen Volk und Land an den Feind — und nichts geschieht ihnen, denn sie haben die Macht, sie kommandieren den „Staat", ihnen parieren Reichswehr, Schupo, Justiz und Kirche. Proletarier, wie geht es Dir? Strenge selber einmal Deinen Gehirnskasten etwas an. Gegen wen unterhält die Ausbeuterklasse die Schupo, die Teno, die Reichswehr? Wer schafft das Geld, das nötig ist, um diesen ganzen Heerbann von Unterdrückern der Arbeiterschaft zu bezahlen? Schaffen die Arbeiter das oder die Ausbeuter? Gibt der Unternehmer Dir Brot oder gibst Du ihm Brot? Erhält der Arbeiter den Faulenzer oder erhält der Faulenzer den Arbeiter?

Und noch etwas wichtiges: War es unter Wilhelm nicht dieselbe Schweinerei wie unter Ebert? Ist in der Republik der Arbeiter weniger entrechtet und versklavt, als er es in der Monarchie war? Hat je ein Blutzar oder Hohenzoller so viel ermorden lassen, wie die Sozialdemokraten Noske, Scheidemann, Wels und Konsorten? Was hältst Du von einem „Staat", wo die Armee aus Arbeitern besteht, für die Arbeiter kämpft, wo die Polizei den Arbeitern hilft gegen die Unternehmer, wo nur der Arbeiter wählen und gewählt werden kann, wo kein Ausbeuter, keiner, der die Arbeitskraft eines anderen Menschen gegen Bezahlung (Lohn) kauft, gewählt werden kann oder wählen darf? Was hältst Du von einer solchen Arbeiterdemokratie? Ist die nicht besser als die Schwindeldemokratie der Bourgeoisie, die die großen Gauner schützt, den ehrlichen Arbeiter aber mit Weib und Kindern vor Hunger verrecken läßt?

Das ist der Unterschied zwischen der Diktatur des Proletariats im Arbeiterstaat Rußland und der Diktatur der Ausbeuter im Ausbeuterstaat Deutschland. Ueber diese Dinge sollte jeder Arbeiter nachdenken und mit sich ins Klare kommen, bevor er wählen geht: dann wüßte jeder, daß er nur für den einzigen Arbeiter-

Betriebsrätewahlen der Leipziger Straßenbahner

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 7. April.

Bei den Betriebsrätewahlen der Leipziger Straßenbahner errangen die Kommunisten einen glänzenden Sieg. Es wurden gewählt: 11 Kommunisten, 3 SPD., 3 Hirsch-Duncker, 1 Christlicher.

Kommunistischer Betriebsrätewahlerfolg

(Eig. Drahtm.) Remscheid, 7. April.

In der bergischen Stahlindustrie, dem größten Betriebe Remscheids, erhielten bei den Betriebsratswahlen die Christliche Hirsch-Dunckersche Einheitsliste: 759 Stimmen = 5 Mandate, 1 Ersatzmann; die Reformisten: 237 Stimmen = 1 Mandat, 1 Ersatzmann; die Oppositionellen: 802 Stimmen = 5 Mandate, 1 Ersatzmann. Der bisherige Betriebsrat setzte sich nur aus Christlichen und Hirschen zusammen. Der kommunistische Sieg ist um so bedeutungsvoller, als im Streik im vorigen Jahre sämtliche kommunistischen Betriebsräte gemaßregelt worden waren.

Ein Beispiel

(Eig. Drahtm.) Essen, 7. April.

Auf der Zeche „Ernestine" haben 70 Bauarbeiter geschlossen den Zechenplatz nach achtstündiger Arbeitszeit verlassen.

Hallische Klassenjustiz

Wegen einer Noske-Beleidigung wurden der verantwortliche Redakteur des „Klassenkampf", Genosse Drechsler und der Betriebsleiter der „Produktiv-Genossenschaft", Genosse Barnack, zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten bzw. 6 Wochen verurteilt.

*

Für einen Mord, den das Mitglied des Stahlhelms, Killat, an einem Kommunisten begangen hatte, hat dasselbe Gericht nur 3 Jahre Gefängnis verhängt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250407-18/fragment/page=0001

kandidaten, der ehrlich für diese Aenderung der Dinge eintritt, stimmen kann, den Kommunisten

Ernst Thälmann.

„Aber das ist nur im Anfang so schlimm", später wird's besser. Die „Demokratie" und die „Republik" funktionieren nur noch nicht richtig."

Sie werden ewig nie richtig, d. h. für alle mit gleichem Recht und gleicher Gerechtigkeit funktionieren, denn dies würde ja voraussetzen, daß die Ausbeuter freiwillig auf ihre Ausbeuterrechte und auf das Privateigentum an Bergwerken, Fabriken, Eisenbahnen usw. verzichten würden. Das wird so wenig geschehen, so wenig wie je die Wölfe mit den Schafen Gras fressen werden. Wölfe schlägt man tot, dann sind sie unschädlich, und den Ausbeutern nimmt man ihre Bergwerke, Fabriken, Schiffe usw. weg und gibt sie den Arbeitern; dann hat die Ausbeutung ein Ende, dann können die Ausbeuter arbeiten wie die Arbeiter, dann ist das gleiche Recht für alle Wirklichkeit geworden in der proletarischen Demokratie.

Andere Länder, Amerika, Frankreich, die Schweiz haben längst bürgerlich-demokratische Republiken, aber auch dort ist die Ausbeutung nicht beseitigt, ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht aufgehoben. Darum werden dort die Arbeiter gleich hundsgemein behandelt wie in der nagelneuen „Demokratie" und „Republik" Deutschland. Und in den „Monarchien" England, Belgien, Rumänien usw. werden die Arbeiter gleich hundsgemein behandelt wie in den „Republiken". Es liegt also nicht an „Monarchie" oder „Republik", nicht an „Demokratie" oder „Monarchie", wenn es dem Arbeiter schlecht geht, wenn seine Kinder hungern, wenn seine Hose in Fetzen ist, wenn sein armes Weib vor Elend und Not rasch verblüht. Es liegt daran:

Ausbeutung oder Nichtausbeutung? Privateigentum oder Gemeineigentum aller Fabriken, Bergwerke usw., Ausbeuterstaat oder Arbeiterstaat?

Der „Staat" ist nicht, wie die Ausbeuter dem Arbeiter vorlügen, das ganze Volk. Staat (vom lateinischen status) Einrichtung, Apparat. Der „Staat" der Ausbeuter besteht aus Armee, Polizei, Staatsanwalt, Kirche und Schule. Dieser „Staat" wird erhalten, bezahlt aus den „Steuern", die die Ausbeuter dem Arbeiter abpressen. Und dieser „Staat" wird dazu verwendet, die Arbeiter, den „inneren Feind", niederzuschlagen, einzuschüchtern und im Zaume, in ewiger Sklaverei und Dummheit zu erhalten.

Dieser Staatsapparat stellt die wirkliche Macht der Ausbeuterklasse dar. Diese Macht muß gebrochen werden, der „Staat" der Ausbeuter muß in Trümmer und Splitter zerschlagen werden.

Das ist die große Aufgabe des Proletariats, das ist der erste Akt der proletarischen Revolution. Dann baut die freie Arbeiterschaft wie drüben in Rußland ihren Arbeiterstaat auf, organisiert die Wirtschaft und schafft das wirklich gleiche proletarische Recht für alle, das keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten mehr kennt.

Dieses Ziel vertritt bei der kommenden Wahl nur der kommunistische Arbeiter

Thälmann.

Tausende Berliner Arbeiter ehren Karsti

Berlin, 6. April.

Dem Rufe der Kommunistischen Partei, dem toten Genossen Karsti, dem Mitbegründer des Spartakus-Bundes, das letzte Geleit zu geben, waren gestern Tausende von Berliner Arbeitern und Arbeiterinnen gefolgt. Sie sammelten sich in den einzelnen Stadtteilen und marschierten von da aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde, nach dem Orte, der dem revolutionären Proletariat durch die Ruhestätten Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts heilig ist.

An der aufgebahrten Urne sprachen u. a. Eberlein, Pieck, ein Pole und ein Vertreter der „Roten Hilfe". Nach dem gemeinsamen Gesang der Internationale defilierten die Massen an der Urne vorbei. Zehntausende demonstrierten danach nach dem Friedhof der Märzgefallenen.

Machtvolle Märzgefallenen-Demonstration in Hamm

Hamm, 6. April.

Schon in der frühen Morgenstunde marschierten große Scharen Arbeiter zum Bahnhofsvorplatz. Gegen 6000 bis 7000 Arbeiter nahmen an der Demonstration teil. Die Schupo war in zwei Lastautos und mit einer Kavallerie-Abteilung ebenfalls am Bahnhof erschienen. In den Straßen hatten große Menschenmassen Aufstellung genommen. Der Zug, in dem ca. 90 Fahnen wehten und der 21 Kränze trug, bewegte sich zunächst zum Marktplatz, wo der rote Präsidentschaftskandidat Ernst Thälmann in einer mächtigen Ansprache der Märzgefallenen gedachte und die Proletarier ermahnte, den Kampf durch Rächung der ermordeten Kämpfer und zum Sturz der heutigen Gesellschaft aufzunehmen. Nach der Kundgebung am Marktplatz nahm der Zug den Weg nach Bellum zum Massengrab auf. Unterwegs bekam er noch dauernden Zustrom von auswärtigen Jungsturm-Genossen und Roten Frontkämpfern, die in Lastautos erschienen. Auf dem Friedhof sprachen der Reichstagsabgeordnete Willy Schwaan und der Landtagsabgeordnete Hermann Schubert und am Grabe selbst nochmals Ernst Thälmann.

Das Herner Eisenbahnunglück vor Gericht

(TU.) **Köln, 7. April.**

Im Prozeß über das Herner Eisenbahnunglück gab der Lokomotivführer des D-Zuges, Haberkamp, an, daß er am Unglückstage seine Uhr vorschriftsmäßig im Hamm gestellt und mit der des Zugführers verglichen habe. In Dortmund habe der Nebel begonnen. Das Vorsignal und auch das Hauptsignal habe auf „halt" gestanden. Er habe rechtzeitig gebremst und sei nicht zu früh in Herne angekommen. Er behauptet, daß die Uhren verschiedener Bahnhöfe voneinander abwichen. Die Verteidigung beantragt Beweiserhebung über ein eventuelles Versagen des Mechanismus des Stellwerkes. Der Staatsanwalt lehnt diese jedoch ab, so daß das Gericht beschloß, die Sachverständigen zu hören. Reichsbahnrat Rudolphi hält ein Versagen des Mechanismus für möglich, nicht aber bei elektrisch betriebenen Stellwerken. Im Gegensatz zu dieser Mitteilung stellt der Zugführer Hohaus unter Beweis, daß fünf Tage nach dem Herner Unglück in Köln ein Versagen des elektrischen Mechanismus stattgefunden habe. Es werden dann die Möglichkeiten eines Verschuldens des Fahrdienstleiters erwogen.

Bisher 44 Opfer des Weserunglückes geborgen

(TU.) **Hannover, 7. April.**

Wie die Telunion von amtlicher Seite erfährt, sind bis Montag abend 44 Opfer des Weserunglückes geborgen worden.

Die Diktatur der Reformisten

(Eig. Drahtm.) **Bochum, 7. April.**

In der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sollte die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen werden. Als die sozialdemokratische Leitung merkte, daß die Liste der Opposition durchkommen würde, da die Versammlung zu neun Zehntel aus Oppositionellen bestand, schloß der Versammlungsleiter kurzerhand die Versammlung.

Die Zahl der politischen Gefangenen!

Eine Irreführung der Oeffentlichkeit durch das Preußische Justizministerium

Direkt unter den vom Reichsanwalt beantragten Todesstrafen im Leipziger Spitzelprozeß, die das „Volksblatt" bezeichnenderweise kommentarlos bringt, druckt sie unter der Ueberschrift „Nicht 7000, sondern 47" in der Montag-Nummer eine amtliche Schwindelmeldung des preußischen Justizministeriums ab, nach der in Preußen nur 47 politische Gefangene in Haft sein sollen. Das sozialdemokratische Blatt schreibt zynisch: „Der alteste kommunistische Schwindel dürfte jetzt also nicht mehr ziehen." Wir veröffentlichen zu dieser Frage folgenden Beitrag, der den Hohn des „Volksblatt" auf die politischen Gefangenen höher hängt.

Die furchtbaren Tatsachen des Justizterrors gegen das klassenbewußte Proletariat lassen sich nicht mehr vertuschen. Der Schrei der politischen Gefangenen nach Generalamnestie hat Millionen von Arbeitern in Bewegung gebracht. Weit über die Grenzen Preußen-Deutschlands hinaus erregt die Praxis der Klassenjustiz helle Empörung.

Bis heute hat es noch die schwarzrotgoldene und schwarzweißrote Reaktion verstanden, die Forderung der deutschen Arbeiterschaft nach Amnestie zu unterbinden. Aber der Druck der Arbeiterschaft in den Betrieben und Gewerkschaften ist so stark geworden, daß schließlich auch die Sozialdemokratische Partei und das Preußische Justizministerium darauf reagierten.

Weit gefehlt aber, zu glauben, daß sie nun die Justizschmach beseitigen und eine Amnestie durchführen wollten, nein, sie verhöhnen die Opfer der „republikanischen" Klassenrichter noch obendrein. Eine ganz eigenartige Methode wendet das Preußische Justizministerium an, um die furchtbare Tatsache, daß in der deutschen Republik 7000 politische Gefangene im Kerker schmachten, aus der Welt zu schaffen.

Der amtliche Preußische Pressedienst vom 2. April bringt folgende Meldung:

„Die Zahl derjenigen Personen, die wegen politischer Straftaten von preußischen Gerichten verurteilt sind und zurzeit ihre Strafe verbüßen, beträgt 477. Die Zahl der von nichtpreußischen Gerichten wegen politischer Straftaten abgeurteilten Personen, deren Strafen in preußischen Strafanstalten vollstreckt werden, wird noch angegeben werden."

Mit einem Schlag hat also das Preußische Justizministerium über 6000 politische Gefangene amnestiert. Natürlich nur auf dem Papier; denn das ist geduldig und eine willfährige bürgerliche Presse und nicht zuletzt die charakterlosen Soldschreiber der Bourgeoisie werden jetzt in alle Welt hinausposaunen, daß Deutschland ein Rechtsstaat ist, daß nur 477 politische Gefangene in Preußen existieren.

Kein Mensch, der noch seine gesunden Sinne beieinander hat und mit offenen Augen die Urteile verfolgt, welche von den Ausnahmegerichten gegen die Kommunisten täglich verhängt werden, wird auf diese amtliche Irreführung der Oeffentlichkeit hereinfallen. Die Tatsachen allein widerlegen den ganzen Schwindel.

Vor allen Dingen muß festgestellt werden, daß bisher kein Kommunist behauptet hat, in Preußen seien 7000 politische Gefangene. Diese Zahl, und das ist in der Presse, in Versammlungen und auch in den Parlamenten wiederholt festgestellt worden, bezieht sich auf das ganze Reichsgebiet, also nicht nur auf dort, wo die schwarzrotgoldene Fahne weht, sondern auch, wo die blauweiße und rotschwarze Fahne über die Zwingburgen der Ebert-Republik flattert. **Aber selbst im Reiche des Herrn Severing sind zehnmal mehr politische Gefangene, wie der Amtliche Preußische Pressedienst angibt. Ganz abgesehen davon, daß die amtliche Notiz nur von Verurteilten spricht — also ganz gesetzlich die vielen tausend Untersuchungsgefangenen, die zum Teil schon über ein Jahr, ja einzelne sogar bis zu 18 Monaten, ohne jedes Urteil der Gefängnisbarbarei ausgeliefert sind, vorläßt, kann die Zahl des Justizministeriums nur so zustande gekommen sein, daß man die übrigen gefangenen Proletarier einfach zu gemeinen Verbrechern stempelt!** Nach der Praxis der Klassengerichte ist das als sicher anzunehmen. Hunderte von Genossen sind wegen Sprengstoffverbrechens verurteilt worden — sie sind also nach Auffassung der SPD. und der Regierung gemeine Verbrecher. Tausende und Abertausende Arbeiter sind und werden noch wegen Landfriedensbruch — Aufruhr — abgeurteilt, Strafdelikte also, die auf Teuerungsunruhen usw. zurückzuführen sind. Auch diese werden allem Anschein nach nicht als politische Gefangene betrachtet.

In der Festung Gollnow sitzen zurzeit — und das wird das Justizministerium nicht ableiten können — 200 politische Gefangene, in der Strafanstalt Koitbus 80, in Fuhlsbüttel ebensoviel. In Württemberg allein sind zurzeit 150 Genossen in Straf- bzw. Untersuchungshaft. Im Musterlande Baden sind es weit über 200, in Bayern ebensoviel.

Die Bilanz des Staatsgerichtshofes vom 1. Januar 1925 bis heute ist folgende:

Es fanden im ganzen 31 Prozesse gegen 147 Angeklagte statt. Gegen diese Angeklagten wurden 54 Jahre Zuchthaus, 161 Jahre Gefängnis und 17 795 Mark Geldstrafe verhängt.

Wegen Pressedelikte, Beleidigungen, Flugblattverbreitung, Paßvergehen usw. wurde insgesamt vom 1. Januar 1925 bis heute gegen 235 Arbeiter Anklage erhoben. Sie wurden zu 31 Jahren Zuchthaus, 32 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 23 870 Mark Geldstrafe verurteilt.

Sprengstoffprozesse, die nicht vor dem Staatsgerichtshof verhandelt wurden, beliefen sich in der angegebenen Zeit auf 14. 61 Angeklagte wurden dabei zu 40 Jahren 5 Monaten Zuchthaus und 21 Jahren 4 Monaten Gefängnis und 480 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wegen Verbot der Partei und Bildung von proletarischen Hundertschaften wurden in den letzten drei Monaten 24 Genossen unter Anklage gestellt und zu 28 Monaten Gefängnis und 240 Mark Geldstrafe verurteilt.

Landfriedensbruchsprozesse fanden im letzten Vierteljahr 1925 45 statt, insgesamt wurden 333 Angeklagte zu 14 Jahren 10 Monaten Zuchthaus, 164 Jahren 10 Monaten Gefängnis und 450 Mark Geldstrafe verurteilt.

Hochverratsprozesse, die nicht vor dem Staatsgerichtshof verhandelt wurden, fanden fünf statt. Dabei wurden 63 Angeklagte zu 97 Jahren 3 Monaten Festung, und 4 Jahren Zuchthaus sowie 8 Jahren 11 Monaten Gefängnis und 7 320 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wegen antimilitaristischer Propaganda wurden 6 Genossen zu 7 Jahren 2 Monaten Gefängnis und 1 425 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das ist, wie gesagt, nur die Bilanz vom 1. Vierteljahr 1925.

Aber im Jahre 1924 wurden 4467 Proletarier in den Kerker geworfen. Sie erhielten 1770 Jahr Gefängnis, 738 Jahre Zuchthaus und 731 Jahre Festungshaft. Außerdem wurden noch 160 000 Mark Geldstrafen verhängt.

Das sind Tatsachen, die der Preußische Justizminister einfach nicht aus der Welt schaffen kann.

Diese Tatsachen widerlegen ein für allemal den ganzen erbärmlichen Schwindel über die amtlichen Zahlen der politischen Gefangenen.

Wenn aber der Preußische Justizminister auf seinen Angaben beharrt, so machen wir ihm den einfachen Vorschlag; eine Kommission der Berliner Arbeiterschaft inspiziert gemeinsam mit dem Justizminister und mit je einem Abgeordneten der Parlamentsfraktionen die Kerker der deutschen Republik.

Wir sind sicher, daß dann der Justizminister seine Sprache verlieren wird.

Der SPD.-Minister Schwarz läßt sich keine Hetze gegen seinen Parteifreund Barmat gefallen

Der Barmat-Ausschuß des Preußischen Landtages hielt am 4. April eine kurze Sitzung ab. Vernommen werden sollte der sächsische Minister Schwarz (SPD.), der nicht erschienen war, weil am Sonntag seine silberne Hochzeit stattfand. Der Ausschuß ließ sich dieses Fehlen glatt gefallen.

Dann gab es eine ½stündige Geschäftsordnungsdebatte. Der Weimarer Block nahm scharf Stellung gegen die von dem deutschnationalen Abgeordneten Kaufhold verfaßte Broschüre. Ganz besonders verwahrte man sich dagegen, daß sich Dr. Kaufhold als Mitglied des Barmat-Ausschusses bezeichnete. Beschlossen wurde mit den Stimmen des Barmat-Blockes, daß der Ausschuß die Verantwortung für die Broschüre und die darin angeblich enthaltenen Unrichtigkeiten ablehne. Das geschah, trotzdem von den Kommunisten und den anderen Parteien darauf hingewiesen wurde, daß der Inhalt dieser Broschüre ihnen nicht bekannt sei, das Urteil also ohne Kenntnis abgegeben werde.

Dann wurde der Zentrumsabgeordnete **v. Papen** über seine Tätigkeit als Aufsichtsrat in der Hypotheken- und Aktienbank vernommen. Papen ist nur vom August 1924 bis 6. Januar 1925 Aufsichtsratsmitglied gewesen, sei dann ausgetreten, weil er in der Barmat-Affäre genannt wurde und mit der Sache nicht verwickelt sein wollte. Bezüge oder Tantiemen habe er nicht erhalten. Auch über die von Kuttner, SPD., **herangezogene Quittung über 2000 Mark**, die Lange-Hegermann mit dem Namen **von Papen** unterschrieben haben sollte, weiß v. Papen nichts.

Dann wurde der **Landrat von Lossow** als Zeuge vernommen, der vom Mai 1920 bis Januar 1921 stellvertretender Vorsitzender der **Reichs-Fettstelle** war. Während seiner Tätigkeit versuchte Barmat, durch seinen Vertreter Schaller seine Geschäfte zu tätigen, die er ablehnte, weil er aus den Akten den **Betrugsversuch mit der konfiszierten Milch festgestellt hatte.** Weiter suchte ihn ein Vertreter der Württembergischen Staatsregierung auf mit der Anfrage, ob Geschäfte mit Barmat getätigt werden könnten. Württemberg habe wegen der von ihm erteilten Auskunft über die Unzuverlässigkeit Barmats Abstand genommen. Der Zeuge v. Lossow habe dann **weiter mit dem Referenten der Landes-Fettstelle Sachsen, Wittgerstein,** in Dresden eine Unterredung gehabt. Hierbei sei ihm ein Fettgeschäft **über 1500 Tonnen Schmalz bekanntgeworden.** Die dafür erforderliche erhebliche Geldsumme von 50 bis 60 Millionen Mark sollte Barmat vorschußweise sofort erhalten. (Das war im November 1920.)

Wittgerstein trug die Bedenken des **SPD.-Ministers Schwarz** vor, der sich über die Auskunft des Zeugen v. Lossow beim Reichs-Ernährungsminister **Hermes** beschwerte und in seinem Brief betonte,

er lasse sich eine Hetze gegen seinen Parteifreund Barmat nicht gefallen.

Interessant war noch bei der Zeugenaussage, daß Wittgerstein dem Zeugen erklärt habe, bei dem Vertragsabschluß sei er, Wittgerstein, nicht zugegen gewesen, trotzdem er der zuständige Referent sei.

Der Ausschuß vertagt sich hierauf auf den 27. April.

Scheidemann der Stipendiat Barmats

Berlin, 6. April.

Ein Hamburger Kaufmann hat dem Barmat-Ausschuß ein Schreiben geschickt, in dem er mitteilt, daß Scheidemann, wenn er behauptet, er habe nur einmal mit Barmat ganz flüchtig etwas zu tun gehabt, gelogen habe, **denn im Sommer 1923 hat Scheidemann mit seiner Frau im „Grand-Hotel" Zandvoort vier Wochen gelebt. Scheidemann hat nie bezahlt. Vielmehr gingen die Rechnungen sofort an Barmat und wurden von dort beglichen.** Auch hat Scheidemann dort im Hotel den Vertreter der Firma Barmat empfangen. Wir wollen hoffen, daß Scheidemann nicht so krank ist, daß er sich nicht auch zu diesem Brief äußern kann.

Vertagung des Magdeburger Prozesses

Die Angst Scheidemanns vor der Selbstentlarvung

Nachdem in den letzten Wochen der Ebert-Prozeß immerfort verschleppt worden war, weil der Sozialdemokrat Scheidemann angeblich noch immer so außerordentlich schwer erkrankt ist, wurde in der heutigen Sitzung der Arzt Dr. Hirsch (Berlin), der Scheidemann seit Jahren behandelt, als Sachverständiger vernommen. Hirsch erklärte, daß Scheidemann auf mindestens zwei bis drei Monate weder in Magdeburg, noch kommissarisch in Kassel vernommen werden könne. Hierauf zog sich das Gericht zu fast dreistündiger Beratung zurück und faßte folgenden Beschluß: Das Gericht erklärt, daß auf die nochmalige Vernehmung Scheidemanns auf keinen Fall verzichtet werden könne. Es sei nach den Prozeßbestimmungen nicht angängig, den Prozeß von vier Tagen zu vier Tagen zu vertagen. Es bleibt deshalb zum größten Bedauern des Gerichts nichts anderes übrig, als die Verhandlung, die fast vier Wochen gedauert hat, zu vertagen, bis Herr Scheidemann wieder vernehmungsfähig ist. Dieser Beschluß bedeutet, daß der Prozeß frühestens in zwei bis drei Monaten wieder fortgeführt werden kann, d. h., daß sämtliche Zeugenvernehmungen wiederholt werden müssen. Damit ist wohl dieser Prozeß, der der Sozialdemokratie vor der Arbeiterschaft so außerordentlich unbequem war, zu Grabe getragen worden. Es ist anzunehmen, daß Scheidemanns Krankheit sich aus begreiflichen Gründen nicht wieder bessern wird, so daß die Sozialdemokratie vor einer weiteren Selbstentlarvung bewahrt bleibt.

Fette Pfründe für Helfferichs Erben

(TU.) **Berlin, 7. April.**

Die Morgenblätter melden: Zwischen der Direktion der Schweizer Bundesbahnen und den Erben des bei dem Eisenbahnunglück in Bellinzona verunglückten Staatsministers a. D. Dr. Helfferich wurde, wie eine Berner Meldung besagt, eine Entschädigung in Höhe von 250 000 Franken vereinbart.

Ein deutscher Staatsminister a. D., der bei einem Eisenbahnunglück umkommt, wirft eine Rente von 250 000 Goldfranken ab. Wenn ein Arbeiter auf die gleiche Weise umkommt, können seine Angehörigen vergebens auf eine Rente warten.

Die belgischen Wahlen

Brüssel, 6. April.

Die Neuwahlen zur Belgischen Kammer brachten **der Sozialdemokratie**, auf Kosten der Liberalen, **fünf neue Mandate.** Die Katholiken behaupteten sich. Die junge Belgische Kommunistische Partei beteiligte sich **zum ersten Male an den Parlamentswahlen und schnitt verhältnismäßig günstig ab.** Im Lütticher Industriegebiet Verviers und in der Borinage faßte die kommunistische Bewegung Fuß. Wahrscheinlich entfällt auf die Kommunisten ein Parlamentssitz.

Tumult beim Erscheinen Millerands

(TU.) **Paris, 7. April.**

Als Millerand während der gestrigen Sitzung im Senat erschien, erhoben sich die Abgeordneten der Rechten und brachten dem früheren Präsidenten eine längere Ovation dar. **Auf der Linken wurden die Rufe „Verräter! Renegat!" laut.** Der Lärm steigerte sich und artete in einen Tumult aus, bis es dem Präsidenten nach wiederholten Bemühungen gelang, die Ordnung wieder herzustellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250407-18/fragment/page=0002

Die Wirklichkeit des Herbstes 1923

Der vom Niedner-Gericht gleichfalls abgewürgte große historische Beweis

In der Strafsache gegen Neumann und Genossen (Aktz. 14a J. 33/24) werden die Beweisanträge vom 22 und 25 März 1925 in ihrer ursprünglichen Form **aufrechterhalten**. E wird also beantragt, die dort angeführten Akten und anderen Dokumente als Beweismittel beizuziehen bzw. die Verlesung der richterlichen Protokolle der Angeklagten und Zeugen, der Urteile und sonstigen Beweisurkunden zuzunehmen. Auch die Vernehmung der in dem Beweisantrage vom 22. März 1925 benannten Zeugen wird hiermit ausdrücklich beantragt.

A

I. In Ergänzung dieser Beweisanträge wird beantragt:

1. Die Beiziehung und Verlesung von ungefähr 100 Hitlerschen Bataillonsbefehlen aus der Zeit von Mai bis November 1923.

Aus diesen Bataillonsbefehlen geht hervor die Stärke der militärischen Organisationen, die dem Oberbefehl Hitlers unterstanden. Weiter wird durch sie bewiesen, daß diese militärischen Organisationen in Hundertschaften, Bataillonen, Regimentern eingeteilt waren. Ferner geht daraus hervor, daß die Hitlerschen Organisationen über Kraft- und Motorradfahrer-Truppen, über Flieger, Pioniere, Funker, Fernsprecher, Eisenbahner, Kavalleristen, über besondere Sturm- und Stoßtrupps verfügten. Das Vorhandensein eines bis ins kleinste gehenden Nachrichtendienstes wird durch diese Befehle bewiesen. Weiter geht aus ihnen hervor die Art der militärischen Ausbildung, wie im Gebrauch von Waffen, von Uebungsmärschen, von Reisemärschen, von Schießübungen, letztere auf freiem Gelände und in der Schießschule, die Einteilung und Zusammensetzung der Offizierstäbe, die Einstellung von Offizieren, die Beförderung und Verletzungen, die Offiziersbesprechungen, überhaupt die gesamte Art der Leitung der Hitler-Organisationen geht aus diesen Befehlen hervor. Weiter werden durch sie bewiesen **die Beziehungen Hitlers zur Industrie und Kaufmannschaft, die Herkunft der Geldmittel, die Art der Ausrüstung und der Uniform.** Ganz besonders wichtig ist, daß aus diesen Befehlen auch **die tatsächliche Bewaffnung der Hitler-Organisationen** hervorgeht. Ferner die Tatsache, daß sie sogar über Alpentruppen verfügten und daß **die engsten Beziehungen zwischen den Hitlertruppen und der Reichswehr bestanden haben.** So geht aus einem Befehl hervor, daß beim Deutschen Tag in Nürnberg die Unterbringung der Hitler-Truppen in der Reichswehr-Artilleriekaserne erfolgt ist. Auch das Vorhandensein eines regelrechten Sanitätsdienstes, insbesondere von Truppenärzten wird durch diese Befehle, die im Original vorgelegt werden können, bewiesen.

2. **Die Beiziehung und Verlesung einer Reihe Original-Rundschreiben und Originalbefehle der faszistischen militärischen Organisation „Oberland" aus den Jahren 1923/1924.** Aus diesen Befehlen ergibt sich, daß die Organisation „Oberland" eine bewaffnete militärische Geheimorganisation ist. Durch diese Befehle wird bewiesen, daß die Organisation in Kompagnien, Bataillonen usw. eingeteilt ist, daß die Organisation „Oberland" durch Offiziere geleitet wird, daß der militärische Befehl die Form von Kundgebungen seitens der Führer an die untergeordneten Mitglieder ist. Aus einem Befehl vom 26. Juni 1923 ergibt sich, daß kavalleristische Uebungen ein Ausbildungsmittel dieser Organisation sind. Aus einem Befehl vom 1. Mai 1923 ergibt sich, daß die Organisation „Oberland" sogar **militärische Auszeichnungen noch heute vergibt.** Aus einem weiteren Befehl ergibt sich, daß die Truppen der Organisation „Oberland" **regelrecht vereidigt** werden. Aus einem Befehl vom 16. November 1923 ergibt sich die **Einstellung einer ganzen Reihe von Mitgliedern der Organisation „Oberland" in die Reichswehr** zu Uebungszwecken, also das Vorhandensein einer

„Schwarzen Reichswehr".

Aus einem Befehl vom 2 Juni 1923 wird bewiesen, daß die Organisation „Oberland" regelrechte militärische Wachen aufstellt. Schließlich ergibt sich aus einem Befehl vom Februar 1924, daß die militärische Organisation „Oberland" ihre Mitglieder auffordert, sich der bayrischen Notpolizei, die unter Führung des Generals Epp steht, fernzuhalten, vielmehr ihre Dienste einzig und allein dem Bunde „Oberland" zu leisten, um in keiner Weise die separatistische Bewegung Bayerns zu fördern, sondern um durch Leistung der Dienste an „Oberland" stark zu sein für die **Errichtung einer nationalistischen Diktatur.**

3. **Die Beiziehung und Verlesung eines Befehls der faszistischen Organisation „Wehrwolf"** vom 3. Juni 1924, durch den bewiesen wird, daß sich die Organisation nicht an die Verbote hält, die von behördlicher Seite gegen sie ergangen sind, daß z. B. diese Organisation unter Verspottung des „Genossen Severing" trotzdem das verbotene „Wehrwolftheing" abgehalten hat.

4. **Die Beiziehung und Verlesung eines Verpflichtungsdokumentes der Organisation „Widing"**, das von mehreren Mitgliedern dieser Organisation am 12. April 1924 unterschrieben ist. In den Artikeln dieses Dokumentes heißt es unter Ziffer 1:

„Ich verpflichte mich zum unbedingten Schweigen über alle Angelegenheiten, die meinen Führern der Organisation oder meiner Kameraden Schaden einbringen könnten. Ich weiß, daß mich auch eine unbedachte Aeußerung zum Verräter an meinen Führern und an meinen Kameraden machen kann, und daß Verrat nur nach altem germanischen Recht geahndet werden kann."

In Ziffer 6 heißt es: „. . . Aus dieser Erkenntnis heraus verpflichte ich mich, auch jeden Verkehr mit einem Manne, der als Feigling oder Wortbrüchiger ausgestoßen wurde, zu unterlassen und nicht eher zu ruhen, als bis er seiner gerechten Strafe zugeführt ist."

5. **Die Beiziehung und Verlesung eines Berichtes über eine am 13. November 1923 bei einem Nationalsozialisten in Zwickau stattgefundene Haussuchung. Durch diesen Bericht wird bewiesen, daß die in Sachsen verbotenen nationalsozialistischen Hundertschaften offen weiter bestanden haben, daß sie bewaffnet waren, daß sie vollständig militärisch aufgebaut waren und in enger Verbindung mit der Reichswehr gestanden haben.**

6. **Die Beiziehung und Verlesung des Aufrufs des Generals von Lossow an die Deutsche Reichswehr.** Durch diesen Aufruf wird bewiesen, daß dieser Reichswehrgeneral die Berliner Reichsregierung als eine marxistische Regierung bezeichnet hat, daß sein Ziel die **Errichtung eines völkischen Großdeutschland unter schwarzweißrotter Flagge** gewesen ist, daß er die Losung ausgegeben hat: **„Auf nach Berlin"** und daß er sich den Anordnungen seiner vorgesetzten militärischen Befehlshaber, General von Seeckt und Reichswehrminister Geßler, **offen widersetzt** hat. Durch diesen Aufruf wird bewiesen, daß von Lossow die Bayrische Reichswehr von der übrigen Reichswehr losgetrennt und seinem Befehle unterstellt hat.

II. Weiter wird die Ladung folgender Zeugen beantragt:

1. **des Reichstagsabgeordneten Stelling, Berlin, Reichstag.**

Derselbe wird bekunden, daß im Herbst 1923 etwa 30 000 nichtausgemeldete Angehörige von Rechtsorganisationen (Faszisten) auf den mecklenburgischen Gütern verteilt lagen und daß ihm dies aus seiner amtlichen Tätigkeit als Ministerpräsident bekannt geworden ist, daß diese Personen bewaffnet waren und bestimmt, bei einem Rechtsputsch zur gewaltsamen Beseitigung der Verfassung Hilfe zu leisten.

2. **Des Leiters der Kriminalpolizei, Regierungsrat Wiggers, Schwerin in Mecklenburg.**

Derselbe wird bekunden, daß die Rechtsorganisationen **ein ganzes Netz von Bewaffneten im Jahre 1923 in Mecklenburg** gebildet haben und daß dieselben zu bestimmten Abteilungen und Regimentern formiert waren, ferner, daß sie bewaffnet waren, daß in der Umgegend von Rödel eine Flurschutzabteilung Kühnke lag und die mecklenburgische Kriminalpolizei zwei Lastautos mit Waffen dieser Abteilung beschlagnahmt hat. Daß in der Umgegend von Güstrow eine sogenannte faszistische Brigade Ochs lag.

3. **Des Amtshauptmanns Höcker in Güstrow in Mecklenburg.**

Derselbe wird ebenfalls über die faszistischen Organisationen in Mecklenburg im Jahre 1923 Auskunft geben und insbesondere auch über die Brigade Ochs.

4. **Des Landtagsabgeordneten Moltmann in Schwerin in Mecklenburg.**

Derselbe wird ebenso über die völkischen Rüstungen in Mecklenburg im Jahre 1923 Auskunft geben und ferner über die von den Völkischen verübten Femenmorde.

5. **Des Stadtrats Dr. Pecht in Güstrow.**

Dieser Zeuge wird bekunden, daß er Deserment für das Ernährungswesen in Güstrow während des Jahres 1923 war und daß häufig in Güstrow tagelang kein **Brot, keine Kartoffeln und keine Butter für die arbeitende Bevölkerung zu haben war,** weil die Geschäftsleute wegen des täglich sinkenden Geldwertes nur gegen Getreide verkauften und die Landleute ihr Getreide und Kartoffeln nur gegen Waren abgaben. Ferner, daß die Molkereien täglich 250 bis 300 Liter Sahne an Fabriken zur Anfertigung von kondensierter Milch schickten und infolgedessen in Güstrow für die ärmere Bevölkerung Milch und Butter nicht zu haben war, daß die Löhne der Arbeiter für den Lebensunterhalt ganz und gar nicht ausreichten und sie **vielfach für ihren Wochenlohn nur ein Brot und ein Pfund Margarine kaufen konnten.**

6. **Des Regierungsrats Hermann Worch, Weimar, Müller-Hartingstraße 11.**

Derselbe wird bekunden, daß er im Jahre 1923 Leiter des Kriminalamtes war und wird über die Vorbereitungen der Rechtsorganisationen zur gewaltsamen Beseitigung der Verfassung Auskunft geben.

7. **Des Arbeiter Tschickert in Cottbus, Bautzener Straße.**

Dieser wird bekunden, daß er im Herbst 1923 Vorsitzender der Ortsgruppe der SPD. in Cottbus war und wird über seine Wahrnehmungen über die Vorbereitungen des Majors Buchruder für den Küstriner Putsch Auskunft geben und über die Zusammenhänge der Buchruder-Truppen mit den Hitler-Organisationen.

8. **Des Majors Buchruder, Festungsgefangener.**

Durch diesen Zeugen wird unter Beweis gestellt, **daß im Herbst 1923 von den Rechtsorganisationen für ganz Deutschland ein Putsch zwecks Errichtung einer nationalen Regierung geplant war, daß eine engste Verbindung zwischen diesen Rechtsorganisationen und der Reichswehr bestanden hat, die sich nicht nur auf die Waffenbeschaffung beschränkte, sondern auch in der Ausbildung von Mitgliedern der Rechtsorganisationen in der Reichswehr bestand, daß ferner ein Teil der Reichswehr gesinnt war, die Putschpläne der Rechtsorganisationen für das Jahr 1923 in jeder Weise zu unterstützen.** Der Zeuge wird weiter dafür benannt, daß die Waffen, über die seine Leute beim Putsche vom 1. 10. 23 verfügten, von der Reichswehr gewesen sind.

Die Erhebung der Beweise zu I und II ist unbedingt erforderlich. Der Beschluß des Gerichtes vom 27. 3. 25, wonach zugunsten der Angeklagten als wahr unterstellt wird, daß sie der Meinung gewesen sind, daß eine Gefahr und ein Angriff seitens der faszistischen Organisationen im Umfange der Beweisanträge vom 22. und 25. 3. 25 stattgefunden hat, ist nur eine Entscheidung nach der subjektiven Seite hin. **Es bedarf aber in diesem Prozesse der Feststellung, wie die objektiven Zustände im Jahre 1923 und Anfang 1924 gewesen sind.** Die Aufklärung dieser objektiven Zustände ist notwendig, weil dadurch der Beweis erbracht wird, daß auch objektiv diese faszistische Gefahr in dem behaupteten Umfange **bestanden hat und daß auch objektiv die Verfassung derartig oft verletzt war, daß sie keinen Anspruch auf Geltung,** bzw. überhaupt **keine Geltung mehr hatte.**

B.

Für die Tatsache, daß die Kommunistische Partei im Jahre 1923, insbesondere im Herbst 1923, Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft gegen die Gefahr eines großen Rechtsputsches vorbereitete, daß sie aber keinen gewaltsamen Umsturz der republikanischen Verfassung beabsichtigte, sondern eine Arbeiterregierung im Rahmen der republikanischen Verfassung schaffen wollte, werden folgende Beweismittel benannt:

I. Es wird beantragt die Ladung

1. des Artur Nitschke, Dresden-Strehlen, Mockritzerstr. 21;
2. des Alfred Werner, Dresden-N., Konkordiastr. 3;
3. des Wesche, Chemnitz, Schützenstr. 23;
4. des Otto Degenhardt, Hohenstein-Ernsttal, Karlstr.;
5. des Hermann Krause, ebenda, Zeissigstr. 9;
6. des Artur Kunath, Dresden-L. 1, Schulstr. 25;
7. des Hermann Blochwitz, Dresden-A., Markgraf-Heinrich-Straße 33;
8. des Paul Schwarz, Dresden-N., Kamenzerstr. 39;
9. des Heinrich Wagner, Dresden-A., Heynstr. 45;
10. **des Horst Richter, Dresden-Str., Schlüterstr. 42;**
11. **des Oswald Groß, Dresden, Dohritzerstr. 5;**
12. des Lehrers Jahn, Planitz b. Zwickau;
13. des Paul Kunze, Maschinenmeister im Verlag Sächs. Volksblatt;
14. des Redakteurs Böckel, Chemnitz, Verlag Volksstimme;
15. des Regierungskommissars Westphälinger, Chemnitz, Kreishauptmannschaft;
16. des Hans Sierks, Stadtbaurat a. D., Dresden, Bayreuther Straße 40;
17. des Dr. phil. Wünsche, Kaufmann, Dresden, Schaufusstr. 18;
18. des Arbeiters Otto Reidhardt, Chemnitz, Solbrigstr. 13;
19. des Eisenbahners Buchwald, Chemnitz, Dresdner Str. 58;
20. des Emil Lischke, Chemnitz, Henriettenstr. 73;
21. des Otto Auerbach, Chemnitz, Limbacher Straße 215.

Diese Zeugen werden bekunden, daß im Jahre 1923 in Sachsen die Kommunistische Partei keinen bewaffneten Aufstand vorbereitet hat, sondern zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei zur Bildung von Hundertschaften geschritten ist, die den Zweck hatten, die bestehende Republik gegen faszistische Gefahr zu schützen. Die Hundertschaften in Sachsen sind von der legalen sächsischen Regierung anerkannt worden, die Regierungsvertreter haben Paraden der Hundertschaften abgehalten, die Hundertschaften sind bei den großen Arbeitslosenunruhen in Dresden im Jahre 1923 zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eingesetzt worden und haben bei dieser Gelegenheit mit der Polizei zusammengearbeitet. Die Hundertschaften sind im **Polizeipräsidium Dresden** verpflegt und auf Polizeiautos transportiert worden. Die Regierungsvertreter haben in Ansprachen den Hundertschaften erklärt, daß man sich **„im Schützengraben an der Südgrenze"** gegen die bayrischen Faszisten wiederfinden werde. Diese Tätigkeit der Hundertschaften zum Schutze der bestehenden Republik ist in erster Linie von den kommunistischen Hundertschaftsmitgliedern und Hundertschaftsführern vorgenommen worden, die dabei im engsten Einvernehmen mit der Kommunistischen Partei gehandelt haben. Die Absicht, die bestehende Republik zu stürzen, ist niemals von seiten der Kommunistischen Partei vertreten worden. **Die genannten Zeugen sind entweder Führer oder Mitglieder proletarischer Hundertschaften 1923 gewesen oder haben sich sonst an der Arbeit der Hundertschaften beteiligt, bzw. die Arbeit der Hundertschaften aus nächster Nähe beobachtet.**

Weiter wird durch diese Zeugen unter Beweis gestellt, daß in Sachsen in jener Zeit, im Einverständnis mit der Regierung, ein Sicherheitsdienst aus Arbeitern **(Sozialdemokraten und Kommunisten)** zur Sicherung der Eisenbahn, Telegraphen- und sonstigen Verkehrseinrichtungen geschaffen worden ist.

Ferner werden die Zeugen bekunden, daß ihnen in Aussicht gestellt wurde, daß sie im Falle eines faszistischen Angriffes von der sächsischen Regierung die Waffen geliefert erhalten würden. **Ganz besonders von den sozialdemokratischen Hundertschaftsführern ist damals erklärt worden, daß die sozialdemokratischen Hundertschaftsmitglieder genügend Waffen hätten, die Kommunisten sollten dafür sorgen, daß sie ebenfalls die erforderlichen Waffen sich beschaffen.**

Die Zeugen werden weiter bekunden, daß die Hundertschaftsmitglieder damals im Einverständnis mit der Regierung die Aufgabe hatten, die faszistischen Organisationen und ihre Waffen auszuspüren. **Weiter werden sie bekunden, daß ihnen niemals etwas davon bekannt war, daß die Kommunistische Partei sogenannte Tscheka- oder Terrorgruppen zur gewaltsamen Beseitigung von Verrätern besessen hat.**

22. **Des L. Kühn, Chemnitz, Schützenstraße 23.**

Dieser Zeuge wird bekunden, daß er im Jahre 1923 als Unterbezirkssekretär der Kommunistischen Partei in Chemnitz eines Tages zu einer Sitzung der dortigen **Sozialdemokratischen Partei** geladen wurde. Es wurde ihm von den anwesenden Sozialdemokraten, darunter der jetzige sächsische Innenminister Müller, die Frage vorgelegt, wie sich die Kommunistische Partei im Falle eines Angriffes von Rechts verhalten werde, ob die Sozialdemokraten in diesem Falle auf die Hilfe der Kommunistischen Partei rechnen können. Der Zeuge hat erklärt, und zwar im Namen der Kommunistischen Partei, daß diese in einem solchen Falle Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratischen Partei gegen die Umsturzgefahr von Rechts und für die legale Sächsische Republik eintreten werde. Im Anschluß daran ist dann ein **gemeinsamer Aktionsausschuß in Chemnitz** gebildet worden, dem angehörte die SPD., die Gewerkschaften, die Angestellten- und Beamten-Organisationen und die Kommunistische Partei. Zweck dieses gemeinsamen Ausschusses war die Organisation der Abwehr gegen faszistische Angriffe.

23. **Des Landtagsabg. Ellrodt, Sächs. Landtag, Dresden;**

24. **des Landtagsabg. Lieberasch, ebenda;**

25. **des Rechtsanwalts Helm, Dresden, Eichendorffstr. 8.**

Diese Zeugen werden bekunden, daß die Kommunistische Partei, ganz besonders im Freistaat Sachsen, das Bestreben gehabt hat, **zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei eine Regierung der republikanischen Verteidigung** zu schaffen. Die Verhandlungen, die mit ausdrücklicher Bewilligung der Zentrale der Kommunistischen Partei im Laufe des Jahres 1923 zwischen den Landtagsfraktionen der SPD. und KPD. erfolgten, hatten den Zweck, eine solche Regierung der republikanischen Verteidigung herbeizuführen, und ihr besondere Stützpunkte zu geben:

a) durch Aufstellung legaler Hundertschaften,
b) durch Bildung der Kontrollausschüsse zur Kontrolle und Erleichterung der Lebensmittelversorgung,
c) durch Heranziehung der Betriebsräte zu den Staats- und Verwaltungsaufgaben.

Die Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei, ganz besonders in Sachsen, zielte darauf ab, aus den proletarischen Hundertschaften eine Hilfspolizei zum Schutze der bestehenden Republik gegen den Faszismus zu machen. Beide Mehrheitsparteien im Sächsischen Parlament (Sozialdemokraten und Kommunisten) haben im ganzen Jahre 1923 nur die Absicht gehabt, die Republik, deren Regierung sie in Sachsen ausübten, gegen einen Angriff der Faszisten sowohl von Bayern her, als auch im eigenen Lande, zu verteidigen. Die Absicht, einen bewaffneten Aufstand zum Sturze der bestehenden Republik zu unternehmen, ist von den kommunistischen Landtagsabgeordneten Sachsens, die dabei in ständiger Fühlung mit der Zentrale der Partei handelten, niemals geäußert oder vertreten worden.

26. **Philipp Popp, Kleinzschocher b. Leipzig, Kreuzgerstraße 2;**

27. **Max Seibt, Leipzig-Gohlis, Planiststraße 31;**

Diese beiden Zeugen werden bekunden, daß sie im Jahre 1923 als Beamte der sächsischen Polizei zusammen mit den Hundertschaften politzeiliche Untersuchungs- und Abwehrmaßregeln gegen die faszistischen Verbände unternommen haben. Sie werden weiter bekunden, daß die Hundertschaften als legale Staatseinrichtungen angesehen wurden und daß die Kommunistische Partei damals mit aller Kraft für die Verteidigung der gesetzmäßigen Sächsischen Republik eingetreten ist.

28. **des früheren Sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner;**

29. **des Landtagsabg. Liebmann, Sächs. Landtag, Dresden;**

30. **des Landtagsabgeordneten Graupe, ebenda;**

31. **des Landtagsabgeordneten Arzt, ebenda;**

32. **des Oberpräsidenten Hörsing, Magdeburg;**

Diese Zeugen werden bekunden, daß die Kommunistische Partei im Jahre 1923 nicht die Absicht hatte, einen bewaffneten Aufstand zum Sturze der verfassungsmäßigen Republik vorzubereiten, sondern daß die Kommunistische Partei die Absicht hatte, zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft und der Republik gegen die faszistische Gefahr in die Wege zu leiten. **Im Sinne dieser Abwehrmaßnahmen hat die Kommunistische Partei zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei die sächsische Arbeiterregierung gebildet und ihr in den Hundertschaften, Kontrollausschüssen und Betriebsräten besondere Stützpunkte geschaffen.**

Die kommunistischen Mitglieder der sächsischen Regierung, die am 12. Oktober 1923 ihr Amt übernahmen, hatten die Absicht, zusammen mit der SPD. und in vollem Einvernehmen mit der KPD. und mit der kommunistischen Parteizentrale, gegen die Gefahr einer großkapitalistischen Militärdiktatur sich zu rüsten. Sie hatten insbesondere die Absicht, die nötigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen zu treffen, um den Verfall der deutschen Währung und der deutschen Staatsfinanzen zu beseitigen; sie beabsichtigten die Erfassung der **Sachwerte, die Produktionskontrolle,** die Erhaltung des **Achtstundentages** und die Erfassung der **Devisen,** sie wollten die **Rechte** der Arbeiter, vor allem der **Betriebsräte** und **Gewerkschaften** schützen, sie wollten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die unberechtigten **Betriebsstillegungen** einschreiten und Maßnahmen ergreifen, um die **Wiedereröffnung** stillgelegter Betriebe zu ermöglichen. Sie beabsichtigten ferner eine ausreichende **Unterstützung der Arbeitslosen** und Kurzarbeiter, eine angemessene Erhöhung der **Renten** der Kriegsverletzten, Hinterbliebenen, Sozialrentner und Kleinrentner zu bewirken. Sie hatten ferner die Absicht, die **Lebensmittelversorgung** Sachsens für den Winter 1923/24 durch Beschaffung von Brotgetreide und Kartoffeln aus anderen Ländern sicherzustellen. Sie hatten die Absicht, gestützt auf die Arbeiter und Angestellten, die Beamten, die Angehörigen der Freien Berufe, die Kleinbauern und sonstigen Mittelschichten, die **Gefahr der großkapitalistischen Militärdiktatur zu beseitigen und den Bürgerkrieg zu vermeiden.** Um diesen **Abwehrkampf führen zu können, wollten die kommunistischen Regierungsmitglieder zusammen** mit den sozialdemokratischen, den **Staatsapparat** von allen denen säubern, die für die verfassungswidrige Diktatur des Großkapitals offen oder versteckt tätig waren, sie wollten bei ihrem Kampfe gegen die Feinde der Republik nicht nur die staatlichen Machtmittel einsetzen, sondern die Mitarbeit aller proletarischen Schichten und ihrer Organisationen in Anspruch nehmen. Sie betrachteten es für ihre besondere Pflicht, alle proletarischen Organisationen zu fördern.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250407-18/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107001. Leiter Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Oppositionelle Mitglieder der Zill. Dienstag abend 8 Uhr in der „Goldenen Kette", Alter Markt, wichtige Zusammenkunft.
Diemitz. Mitgliederversammlung Donnerstag, 9. April, 8 Uhr, „Gesellschaftshaus".

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Röcklen-Benne. Mitgliederversammlung Freitag, 10. April, 8 Uhr, b. Lindner.
Merseburg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 10. April, abends 8 Uhr, in der „Junkerburg".
Leuchtendorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 10. April, nachmittags 2 Uhr, in der „Stadt Leipzig".
Merseburg. Kommunistische Jugend heute abend im bekannten Lokal wichtige Zusammenkunft. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
Kötzschau. Oeffentl. Volksversammlung Donnerstag, 9. April, 8 Uhr, b. Blume.
Lützen. Oeffentl. Volksversamml. Freitag, 10. April, nachm. 3 Uhr, „Bürgergarten".
Micheln. Mitgliederversamml. Freitag, 10. April, nachm. 3 Uhr, Gewerkschaftshaus.
Querfurt. Außerordentliche Mitgliederversammlung Freitag, 10. April, nachmittags 3 Uhr, im „Schützenhaus".
Godnitz. Funktionärsitzung Sonnabend, 11. April, abds. 8 Uhr, im „Grünen Hof".

Unterbezirk Mansfeld

Helfta. Mitgliederversammlung Dienstag, 7. April, abends 8 Uhr, Lokal Heine.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Funktionärsitzung Dienstag, 7. April, abends 8 Uhr, im „Lindenhof".
Eilenburg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 9. April, 8 Uhr, „Stadthalle".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz, Kasberg, Gross. Nor-Andorf. Mitgliederversammlung Dienstag, 7. April, abends 8 Uhr, in Wagners Restaurant.
Hohenmölsen-Wählitz. Mitgliederversammlung Dienstag, 7. April, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.
Teuchern. Große Funktionärversammlung Dienstag, 7. April, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Ein Vertreter der Bezirksleitung ist anwesend.
Naumburg. Mitgliederversammlung Mittwoch, 8. April 8 Uhr, „Goldenen Hahn".
Weißenfels. Mitgliederversamml. Donnerstag, 9. April, 7½ Uhr, „Roten Löwen".
Teuchern, Gröben-Kraftbel. Unterwerfs. Mitgliederversamml. Donnerstag, 9. April, abends 8 Uhr, in Zeubern im „Grünen Baum".
Kreischau. Mitgliederversammlung Freitag, 10. April, nachm. 3 Uhr, b. Börner.

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Bitterfeld. Mitgliederversammlung Mittwoch, 8. April, 8 Uhr, „Bürgergarten".
Wittenberg. Mitgliederversammlung Freitag, 10. April, 7 Uhr, bei Freudenberg.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Annaburg. Mitgliederversammlung Mittwoch, 8. April, 8 Uhr, im „Bürgergarten".
Annaburg. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 10. April, nachmittags 4 Uhr, im „Bürgergarten".
Pesien. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 10. April, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Lehmann.
Piesa. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 10. April, abends 8 Uhr, „Zur Bahn".
Bodwitz. Große Funktionärsitzung Mittwoch, 8. April, 8 Uhr, im „Volkshaus".

Empfehlenswerte Literatur
der
Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Soeben erschienen!

Lenin: **Ausgewählte Werke.** Sammelband ..... brosch. 6,00
Maslow: **Die zwei Revolutionen des Jahres 1917**
1. Bd.: Die allgem. Voraussetzungen d. russ. Revolution
1. Lieferung ..... brosch. 0,40
Die Organisation der Betriebszellen ..... brosch. 0,75
Heinz Neumann: **Was ist Bolschewisierung?** ..... brosch. 1,20
Eugen Varga: **Materialien über den Stand der Bauernbewegung** ..... brosch. 1,20
Die Kommunistische Internationale, Heft 1 1,50
Die Kommunistische Internationale, Heft 2 1,50
Unter dem Banner des Marxismus, Jahrg. 1, Heft 1 .. 3,00
Werdet Klassenkämpfer (Zur Jugendweihe) ..... brosch. 0,75
Mein Genosse (Zur Jugendweihe) ..... brosch. 1,60

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Die Funktionärsitzung findet Freitag, den 10. April, vormittags ½10 Uhr, im „Kolloseum" statt. Alle Funktionäre müssen erscheinen.

Bezirk 2 (Süd). Dienstag, 7. April, 8 Uhr, „Loeks Hof", Pflichtversammlung. Alle Kameraden haben zu erscheinen.
Werbebezirk 5. Dienstag, 7. April, abends 8 Uhr, in der „Schützei", Funktionärsitzung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.
Abteilung 19. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, Petersbergstraße, Abteilungsversammlung.

Jungsturm

Wir erwarten noch einmal auf die Fahrt nach Dessau. Alle Mitglieder, welche sich daran beteiligen, haben bis Donnerstag bei ihren Gruppenführern den Betrag von 2 Mark zu entrichten.

Unterbezirk Saalkreis

Nietleben. Dienstag, 7. April, 8 Uhr, Pflichtversammlung.
Canena. Dienstag, 7. April, 8 Uhr, in Bruckdorf bei Große, Festausschußsitzung.
Canena. Freitag, 10. April, nachmittags 3 Uhr, in Bruckdorf bei Große, Werbebezirksversammlung. Erscheinen ist Pflicht.
Dölau. Donnerstag, 9. April, abends 8 Uhr, bei Dierschke, Pflichtversammlung.
Werbebezirk Dölau bis Donnerstag in Dölau abrechnen.
Canena. Mittwoch, 8. April, 8 Uhr, bei Große, Bruckdorf, Festausschußsitzung.

Unterbezirk Merseburg

Dürrenberg. Freitag, 10. April, nachm. ½3 Uhr, Propaganda-Wanderung nach Schladebach, Kötschau, Kangsdorf, Oesch. 1. Osterfeiertag, vormittags 7 Uhr, Propaganda-Wanderung nach Gobulz, Corbetha, Wengelsdorf.
Micheln. Freitag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Pflichtversammlung. Alle Kameraden müssen erscheinen. Wer unentschuldigt fernbleibt, wird zur Rechenschaft gezogen.

Unterbezirk Mansfeld

Die Ortsgruppen Erdeborn, Hettstedt, Burgörner, Unterrißdorf, Wimmelburg, Wolferstedt haben sofort die Stuerbogen einzusenden.

Unterbezirk Sangerhausen

Die Unterbezirkskonferenz findet Freitag, 10. April, vorm. 9 Uhr, im „Herrenkrug" in Sangerhausen statt. Die Ortsgruppen Artern, Sangerhausen, Kleth, Nordhausen, Kelbra, Kelbra, Heldrungen haben bestimmt Delegierte zu entsenden.
Artern. Sonnabend, 11. April, abends 8 Uhr, im „Goethehaus", Pflichtversammlung.

Unterbezirk Zeitzig

Delitzsch. Mitgliederversammlung 9. April, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung abends 7 Uhr im „Lindenhof", lange Stube.
Unterbezirkskonferenz findet 10. April im „Lindenhof" statt. Zschertau, Eilenburg, Landsberg, Brehna, Roßlau, Gielen müssen vertreten sein.

Unterbezirk Bitterfeld

Bernau. Mittwoch, 8. April, Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 8. April, 8 Uhr, in der „Herberge", Singestunde. Gruppenführer abrechnen. Freitag, 10. April, Ausmarsch nach Trebnitz b. Luckenau. Anfreten 1 Uhr Schützenplatz Kosberg zur Stelle.
Theißen. Mittwoch, 8. April, abends 8 Uhr, im „Blauen Stern", Mitgliederversammlung. Aufnahmen werden entgegengenommen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bodwitz. Freitag, 10. April, 8 Uhr, im „Volkshaus", Mitgliederversammlung.

Bekanntmachungen

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 26 101 bis 28 345 (Pfandscheine in rotem Druck) wird vom **Dienstag, dem 5. Mai,** von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.
Versteigert werden **Taschenuhren** aller Art, sonstige **Gold- und Silbergegenstände,** ferner **Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk,** neue und getragene **Kleidungsstücke, Zigarren** und verschiedene andere Sachen.

Halle a. d. S., den 6. April 1925. 156

Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

Zwecks Vervollständigung der Wählerliste zur bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten am 26. April d. J. werden alle Personen, die in der Zeit vom 29. März bis 26. April 1925 **das 20. Lebensjahr vollenden,** aufgefordert, unter Vorlegung von Ausweispapieren im Wahlbureau, Dreihauptinsel 3 (Talamtschule), bis spätestens Mittwoch, den 15. April 1925 zu erscheinen.
Vorbezeichnete Personen, die ihre Eintragung in die Wählerliste nicht veranlassen, können nicht wählen. 1032

Halle, den 6. April 1925. **Der Magistrat.**

Stadt-Theater
Dienstag 7½ Uhr
„Tiefland"
mit den Damen:
Wolff, Böhmer, Kirchhoff, Kühn
Seeliger
mit den Herren
Berghoff, Kathammer, Kersmann, Grimm, Kaufmann
Ende 10¼ Uhr
Mittwoch 7½ Uhr
„Und Pippa tanzt"
Pippa: Grether
den Herren:
Henkel, F. Günzel, Hendrich, Haller
Regie: Rl.-Müller
Ende 10 Uhr
Donnerstag 7½ Uhr
„Schwanenweiß"
(Ende 10¼ Uhr!)

Besuchstaschen
Ia. Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft

Herkules-Schladitz-Phänomen- und **Borussia-Fahrräder**
sehr preiswert bei
Wilh. Münster
Merseburger Str. 161
Ecke Königstr.

Der Osterkuchen

wird mit der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" besonders gut geraten, sie ist köstlich im Geschmack, besitzt herrliches Aroma und ist sehr preiswert.

50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung

Schwan im Blauband frisch gekient

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine" das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche" kostenlos zu verlangen.

BREHMER
Rot- und Weißweine — Südweine
— Sekt —
Bowlenweine : : Beerenweine
Rum - Arrak - Weinbrand
„Brehmer-Liköre"
hervorragend, preiswert, in größter Auswahl
1043
HALLE
Leipziger Straße 43

In
Federbetten Inletts Steppdecken Bettstellen Matratzen Kinderbetten
hat immer die größte Auswahl u. bill. Preise
Bettenhaus Bruno Paris
Alt. Ulrichstraße 2
Eing. Kanzleigasse
2 Minuten v. Markt

Täglich Eingang von Neuheiten in
Frühjahrs-Mänteln
sehr preiswert
1 Partie
Damen-Mustermäntel
12,50 19,50 29,50 39,00
A. Künzel
Gesellschaft m. b. H.
Halle a. d. S
Leipziger Str. 60

Leder
zu bekannt billigen Preisen 133
Kommer & Kurzhals
Albrechtstr 46,
Ecke Geiststraße.

Nur noch kurze Zeit
dauert der
Total-Ausverkauf!
Glas Porzellan Steingut 1029 Spielwaren
zu staunend billigen Preisen!
Zentral-Bazar
nur Große Ulrichstr. 21 nur
neben Brummer & Benjamin
Nur reelle Ware! Kein Ausschuß!

Frühjahrs-Hüte
Mützen
in großer Auswahl
empfiehlt
Friedrich Koch
Leipziger Straße 74

Astoria, Weißenfels
Nur Dienstag bis Donnerstag
May Mc. Avoy, die schönste Frau der Welt, in dem aufsehenerregenden Groß-Film der berühmten First-National 437
Die große Lüge
Der Roman einer Tänzerin. Ein Gesellschafts-Skandal in 6 Akten
Skandal — Sensation und eine große Liebe
Die große Lüge. Ferner
„Snob...y", Amerikas Unikum:
Snobby auf der Bummelreise, sowie
Snobby bei den Indianern. Außerdem
Unsere Trianon-Auslandswoche
Keine erhöhten Preise!

Jugendschriften
Modezeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlg.

Oster-Eier und -Hasen
mit und ohne Spielwarenfüllung
Oster-Postkarten
Eierfarbe
in großer Auswahl
Albin Hentze
24 Schweerstr. 24

Wo kaufen Sie Ihre
Fahrräder?
Dort, wo man Ihnen 2 Jahre Garantie u. noch mehr verspricht oder verschreibt oder dort, wo Sie tatsächlich das erhalten, was die Fabriken gewähren
Alle großen Firmen wie Wanderer, Dürkopp, Grizzner, Brennabor, Stoewer, Phänomen, Torpedo, Mercedes, Wittler N. S. U., Claes Pfeil, Diamant, Expreß usw. leisten nur
= 1 Jahr reelle Garantie! =
Deshalb kaufen Sie am besten in einem alten, ehrwürdigen Hause, wo seit 16 Jahren ein reeller Handel betrieben wird, bei
Albert Günther,
Weißenfels, Naumburger Str. 23
Haus für Fahrräder, Nähmaschinen, Motorfahrzeuge aller Art. Spezialwerkstatt für Nahmendrüche

Gasausstellung!
Im „Thaliasaal" bis 10 Uhr abends geöffnet
Infolge des überaus starken Andranges findet heute, Dienstag, abends 8 Uhr, nochmals ein Vortrag über:
„Das Gas im Haushalt"
statt. *1033
Schaukochen, Gratiskostproben, Lichtbild- u. Filmvorführung.
Eintritt frei! Lehrreich für jedermann!
Die Verwaltung der städt. Gas- und Wasserwerke

Morgen Mittwoch:
Schlachtefest
Karl Krug
Zeitz
Schützenkirche 9

Weißenfels
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Illig.

empfehlen die
Schulbücher **Volksbuchhandlungen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250407-18/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Russische Genossen über den „Klassenkampf"

Vom Genossen Urban erhalten wir nachstehenden Brief aus Rußland, den wir hiermit unseren Lesern zur Kenntnis unterbreiten.

An die Redaktion des „Klassenkampf",

Halle

Werte Genossen!

Fern im Kaukasus sitzend, erhielt ich gestern den „Klassenkampf" vom 12. bis 26. Februar dank der Fürsorge unserer Moskauer Genossen. Die Freude war natürlich groß, weniger darüber, daß ich meinen „Klassenkampf" bekam, als darüber, daß nun endlich die fast 2jährige Arbeit der Partei in der Frage der Betriebsberichterstattung und Arbeiterkorrespondenz von Erfolg gekrönt ist. Mit großem Interesse las ich die Antworten auf Eure Rundfrage und mit froher Zuversicht für das Erstarken der Partei und das Wachsen unseres Einflusses erfüllt mich die zunehmende Zahl der Betriebsberichte. Es hat langer Vorbereitungen und zäher Arbeit bedurft, um die Arbeiterschaft unseres Bezirks zum Schreiben über die Vorgänge im Betrieb zu bewegen. Im Sommer 1923 konnten wir kaum jede Woche eine halbe Seite Betriebsberichte zusammenbekommen. Nicht immer war auch die Redaktion ganz schuldlos. Manchmal wurden Betriebsberichte tagelang zurückgestellt, weil für dieselben kein Platz vorhanden war. Lange Bandwurmartikel, die die wenigsten lesen, waren ja auch wichtiger als die Zuschriften der Arbeiter. Die meisten Zuschriften aus den Betrieben gingen denn auch im Provinzteil unter. Als nach dem Verbot der Partei der „Klassenkampf" wieder erschien, da war der Teil „Aus den Betrieben" fast ganz verschwunden, er bekam erst wieder eine Neubelebung, als nach dem Mai-Bezirkstag die Redaktion in andere Hände überging und die Bezirks-Leitung und die Redaktion ihre ganze Kraft auf die Betriebsberichterstattung und Arbeiterkorrespondenz warf.

Das Eis ist gebrochen, der „Klassenkampf" hat einen guten Stab von Mitarbeitern aus den Betrieben, **doch noch immer können wir trotz der guten Erfolge, trotz des Fleißes unserer Genossen, trotz aller Bemühungen, mit dem Erreichten nicht zufrieden sein. Unsere Arbeiter,** und das ist nicht nur in unserem Bezirk so, **schreiben noch zu wenig politisch.** Nun bin ich mir wohl bewußt, daß ein Arbeiter, der täglich 10 Stunden schwer körperlich arbeiten muß und 15 und mehr Stunden von zu Hause fort ist, nicht mehr die Kraft aufbringen kann, sich eingehend mit politischen Problemen zu beschäftigen. Es gibt aber noch Arbeiter, die den Achtstundentag haben, die nicht so anstrengende Arbeit haben, die sich mit politischen Fragen beschäftigen, die die Möglichkeit haben, den „Klassenkampf" eingehend zu lesen, an diese Genossen wende ich mich:

„Schreibt über Euer tägliches Leben, schreibt Eure Ansicht über politische Vorgänge und politische Probleme".

Erfreulicher Weise sind ja auch schon auf die Rundfrage derartige Antworten eingegangen. Die Redaktion mußte dann je nach der Art der Zuschrift entweder dieselben im politischen Teil der Zeitung unterbringen oder in einer besonderen Rubrik, vielleicht „Aus dem Arbeiterleben", wie der „Klassenkampf" es schon einmal begonnen, leider nicht fortgesetzt hat. Dies würde noch mehr das enge Band knüpfen, das heute schon unsere Zeitung mit der breiten Arbeiterschicht verbindet.

Selbstverständlich geht hier der „Klassenkampf" unter den deutschsprechenden Genossen herum. Ein alter Bolschewik, der vor einigen Tagen auf eine 28jährige Parteimitgliedschaft zurückblicken konnte und den ich besonders auf den Betriebsteil aufmerksam machte, sagte: „Sehr gut zur Bolschewisierung der Partei, aber noch lange keine „Prawda". „Prawda", wie sie zu Anfang war." (Die „Prawda" ist das Zentral-Organ der Bolschewiki.) Genossen, dieser Ausspruch des alten Bolschewik, der ein persönlicher Freund Lenins war, sollte uns ein Ansporn sein, daß unser „Klassenkampf" eine ebensolche Zeitung wird, wie die „Prawda", die Zeitung Lenins.

Nehmt diesen Brief als eine verspätete Zuschrift auf Eure Rundfrage und seid vielmals gegrüßt von Eurem Genossen

Hans Urban, Suchum,
Lenin-Sanatorium Gulripsch.

Furchtbare Zustände im Linke-Hofmann-Lauchhammer-Werk A.-G., Riesa

Glühende Eisenstäbe durch den Hals der Arbeiter

(Von einem dort beschäftigten Angestellten)

Fast 3 Jahre war ich als Materialausgeber im Magazin der obengenannten Firma beschäftigt.

Bei der letzten Inventur war ich als Anlager von der Inventurleitung bestimmt worden und habe als solcher die Inventurlisten mit unterzeichnet.

Die letzte Inventur ist innerhalb 10 Tagen 2mal gemacht worden, weil bei der 1. Aufnahme zuviel aufgenommen wurde. Ich hörte, wie der Inventurleiter Hirsch zu dem Magazinverwalter Salzmann sagte: **„Das könnte er vor der Direktion nicht verantworten."**

Nach dieser Beanstandung wurde nun eine nochmalige Aufnahme angeordnet. Inzwischen wurden alle diejenigen Maschinen und Ersatzteile mit einem gelben Kreuz oder Streifen versehen, die nicht mit aufgenommen werden sollten. An dieser Kennzeichnung mit den gelben Kreuzen beteiligten sich:

1. Stellvertretender Betriebsleiter Hofmann (Werk Riesa); 2. Magazin-Verwalter Salzmann (Werk Riesa); 3. Bureauangestellter Theile (Werk Riesa); 4. Bureauangestellter Saft (Werk Riesa); 5. Ingenieur Mödel (Werk Riesa); 6. Arbeiter Wendt (Werk Riesa); 7. Arbeiter Richter (Werk Riesa); 8. Arbeiter Schaal, jetzt in Riesa wohnhaft; 9. sowie ich selbst, jetzt in Deutschluppa wohnhaft.

Diese Anpinselung dauerte mehrere Tage, um die Masse der Gegenstände zu bewältigen.

Nach den Angaben des Direktors Koppenberg handelt es sich hier um Werte von Millionen von Goldmark; ich hörte nämlich einmal, als Koppenberg zu einem Herrn, dem er das Magazin zeigte, sagte: „Hier liegen Millionen von Werten."

Diese eigenartige Inventur ließ unter der Arbeiterschaft das Gerede aufkommen, daß hier anscheinend nur eine große Schiebung in Frage kommen kann, um den wirklichen Besitz nach außen nicht bekanntzugeben.

Dabei heißt es, die „wirtschaftliche Notlage" der Werke gestatten nicht, bessere Schutzvorrichtung zu schaffen und Löhne zu zahlen, die der Arbeiterschaft ein einigermaßen erträgliches Leben gewährleisten. Unter den nicht angegebenen, nicht aufgeführten Gegenständen bei der Inventuraufnahme befanden sich unzählige Lagerschalen aus Bronze, neue Ersatzteile, von denen einzelne Teile über 2000 Kilo wogen, Zahnräder, Lager, Lagerböcke, Kettenzüge, Muffen, Bremsscheiben, Riemenscheiben, eine Menge Ersatzteile für über 100 Kräne, die im Werk laufen.

Die vielen Todes- und Unglücksfälle genügten, um eine Verlustliste im großen herauszugeben. Ein Arbeiter hätte beinahe den Tod erleiden müssen, da der Kran Nr. 36 herunterfiel, weil die Schutzvorrichtung fehlte. **Die eidesstattliche Vernehmung von 2 Zeugen, die dabei waren, wurde der Direktion gemeldet. Erst nachdem der Kran jahrelang lief, ist die Schutzvorrichtung angebracht worden.**

Ferner ist bekannt, daß einem Arbeiter ein glühender Eisenstab den Hals durchbohrte, der auch an diesen Folgen starb. Erst nach diesem Vorgang ist eine Schutzvorrichtung angebracht worden.

Ein Ingenieur wurde von dem Krane zermalmt.

Ein Lehrling wurde von Pussern zerquetscht.

Ander wurden in den Getrieben totgerädert.

Von giftigen Gasen sind viele bei Reinigung der Schächte getötet worden. Beine und Arme von der Eisenbahn im Werk abgefahren, weil alles so eng und verbaut ist und bei all dem Getöse das Ankommen der Bahn nicht zu hören ist.

Die Arbeitszeit ist zwölf Stunden; bei mehr denn 60 Grad Hitze müssen die Arbeiter, nur mit Hose angetan und einer Maske vor den Augen, ihre Arbeit verrichten.

Die Stumpfschweißanlage wird unter den Arbeitern die Rennbahn oder Verrücktenanstalt genannt. Die führenden Beamten sind Deutschnationale, die doch für Anerkennung „des christlichen Gedankens" eintreten wollen.

Die alten Arbeiter erzählen, daß früher auch 12 Stunden gearbeitet wurde, die Anforderungen aber nicht halb so gewesen sind. **Wer heute bei über 60 Grad Hitze seine Arbeit tun muß, vertrocknet am lebendigen Leibe.** Die jungen Leute sehen alle elend aus.

Dies habe ich schon einmal an den Reichsarbeitsminister geschrieben und gebeten, sich doch nur einmal die Arbeiten unangemeldet ansehen zu wollen; er ist jedoch bis heute noch nicht dagewesen, hat auch nicht geantwortet, obwohl ich den Brief „per Einschreiben" absandte.

Wie die Deutschnationale Volksgemeinschaft aussieht, wie die Herren die Arbeiter behandeln, beweisen die folgenden Vorfälle: Der **Werkspolizei-Inspektor Prösch** (früher Kapitän), sagt zu Arbeitern: „Halten Sie Ihre Klappe". Vorige Woche hatte ein Arbeiter das Werk beim Gewerbegericht verklagt. Vor dem Termin hatte die rechte Hand des Direktors, der **deutschnationale Stadtverordnete Schinkel, den Arbeiter zu überreden versucht,** doch die Klage zurückzunehmen zu wollen, was dieser ablehnte. Bei der Verhandlung erklärte der auf dem Gericht anwesende Herr Schinkel dem Arbeiter: **„Holen Sie sich hernach Ihre Papiere",** obwohl kein Grund zur Entlassung vorlag.

Betreffs der Inventur habe ich den Betriebsrat in Kenntnis gesetzt und ebenfalls Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Riesa erstattet.

Auch habe ich gleichzeitig diesen Bericht an den „Vorwärts", Berlin, eingesandt mit der Bitte, die ganze sozialdemokratische Presse zu benachrichtigen.

Für die von mir gegebenen Schilderungen bin ich jederzeit bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

An unsere Betriebsberichterstatter und Arbeiterkorrespondenten!

Unsere Zeitung ist eine unserer besten Waffen bei der Führung unserer Kämpfe gegen das Ausbeutergesindel. Besonders auch der Betriebsteil, in dem die Arbeiter alle ihre Nöte und Sorgen und ihre Bedrückung in den Betrieben wiedergeben. Unschätzbar wichtiges Propagandamaterial können die Arbeiter der verschiedenen Betriebe in den Berichten finden. In der letzten Zeit war die Berichterstattung durch unsere Betriebsberichterstatter und Arbeiterkorrespondenten eine sehr schlechte. Das muß anders werden. Es ist unbedingte Pflicht dieser Genossen, alle wichtigen Vorgänge in den Betrieben und jede Schweinerei, die sich die Unternehmer den Arbeitern gegenüber erlauben, sofort uns mitzuteilen.

Aus dem Eldorado Richard Brandt, Schkeuditz

(Von unserem Betriebsberichterstatter).

In dieser Musterbude wird 10—12 Stunden gearbeitet, so daß eine durchschnittlich 70stündige wöchentliche Arbeitszeit in Frage kommt, natürlich für 20 Pf. die Stunde, denn sonst brauchte ja nicht so lange gearbeitet zu werden. Dort führt auch der „treudeutsche" **Meister Thronicke das Regiment.** Sein Schlagwort ist: **„Nur die Arbeit kann uns retten."** Eine wahre Schimpfkanonade prasselt neulich einige Arbeiter über sich ergehen lassen, weil sie einen kleinen Fehler machten:

„Ich haue Dir eine runter, daß Du an den Wänden hochgehst!"

Oder:

„Ich schlage Dir eins in die Fresse, daß die Grundmauern erzittern!"

Recht sauber benimmt sich den Arbeitern gegenüber der sogenannte Feuermann (19 Jahre alt), welcher, nebenbei bemerkt, keine Prüfung gemacht hat. (Warum kümmert sich die Kesselprüfungskommission nicht darum?) Dieser **Oberdenunziant, Ernst Kiepzig** mit Namen, sagte einmal zu einem Arbeiter, der ihm nicht recht zu Willen war:

„So schnell, wie Du gekommen bist, sollst Du auch wieder rausfliegen, dafür werde ich schon sorgen."

Na, vielleicht bekommt dieser A . . . kriecher einmal die Türklinke mit. Leute dieses Schlages sind zu allem fähig und werden ohne weiteres zum Streikbrecher.

Neulich brach sich ein Arbeiter den Arm. Auf der Krankenkasse muß er nun erfahren, daß er in einer niedrigeren Klasse angemeldet ist, als wie Beiträge für ihn abgezogen wurden. Ganz wider den Strich ging's Herrn Brandt natürlich, als er den Ausfall an Krankengeld, täglich 84 Pf., aus seiner Tasche zahlen mußte. Arbeiter, die so rücksichtslos dem Unternehmer gegenüber sind, wird man schnell ausmerzen. Grund zur Entlassung findet man schnell. **Der betreffende Arbeiter wurde entlassen, weil der Vater Kommunist ist.**

Die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen zur Einsicht kommen und sich organisieren. Sie müssen sich einen revolutionären Betriebsrat wählen, damit die Verhältnisse endlich abgeändert werden können.

Zur Präsidentenwahl

Unter dieser Ueberschrift werden wir alle Berichte zur Präsidentenwahl veröffentlichen, die auf unsere kürzlich ergangene Aufforderung hin an uns eingesandt werden. Nachstehend ein Bericht unseres Betriebskorrespondenten aus der

Zelle Paulschacht.

Der 29. März ist vorbei. Die Wahl an diesem Tage hat gezeigt, daß es die Arbeiterschaft noch nicht verstanden hat, was die Wahl für die Arbeiterschaft bedeutet. Obwohl wir wissen, daß der Parlamentarismus uns nichts bringen kann und nichts bringen wird, solange der Kapitalismus besteht, so sollte doch die **Wahl ein Gradmesser sein,** wobei wir feststellen wollen, was die Arbeiterschaft aus den Vorkommnissen und der Korruption (Ebert-Auer-Kongreß, Barmat-Kutisker- und Ruhr-Skandal) gelernt hat. Für uns sollte es ein Barometer sein, wie weit das revolutionäre Proletariat aus seiner Evolution herausgetreten ist. Leider müssen wir feststellen, daß eine große Flauheit eingetreten ist. Viele Arbeiter haben sich nicht an der Wahl beteiligt. Wie konnte das kommen? Ich will versuchen, da ich Kleinarbeit leiste, etliche Fehler festzustellen.

Der 5. Weltkongreß hat es jedem Genossen zur Pflicht gemacht, heran an die Massen, hinein in die freien Gewerkschaften.

Leider verstehen es viele Genossen nicht, diese Aufgabe zu erfüllen. **Hier muß Kleinarbeit geleistet werden, jeder Genosse muß helfen.** Wie sieht nun diese Kleinarbeit aus, vor allem in der Gewerkschaftsarbeit. Bis jetzt noch schlecht. Wir müssen heran an die Kameraden und fragen, ob sie organisiert sind. Wenn nicht, dann macht sie aufmerksam, ob sie, wenn sie der Organisation fernstehen, glauben, ihr Los verbessern zu können. Es gibt viele Kameraden, welche sagen, wir sind ja bloß verraten und verkauft worden von den Führern. Dann sagt ihnen, **sie sollen sich der revolutionären Front anschließen, mit helfen arbeiten, daß diese Führer verschwinden.**

Wenn wir aber außerhalb der Gewerkschaften stehen, sind wir machtlos.

Ein weiteres Mittel zur Kleinarbeit ist die Propaganda für den „Klassenkampf". Die Zeitung muß jeden Tag mit in den Betrieb genommen werden. Es gibt viel Gelegenheit zu diskutieren. Jede Gelegenheit muß benutzt werden, z. B. auf dem Wege, im Zuge und selbstverständlich im Betriebe, die Zeitung hervor und nun das Neueste vorgetragen. Stoff ist jeden Tag genug in unserer Presse, um den Arbeitern den Verrat der SPD.-Führer vor Augen zu halten.

Wenn jeder Genosse diese Kleinarbeit gemacht hätte, so wären wir mit einem ganz anderen Resultat bei der Wahl am 29. März hervorgegangen.

Holen wir das nach am 26. April. Unser Genosse Ernst Thälmann ist auch im zweiten Wahlgang vorgesehen. Die SPD. hat die Wahl: **entweder einen Zentrumspfaffen oder den Transportarbeiter.** Ich glaube, daß doch noch viel ehrliche Arbeiter in der SPD. sind, die jetzt erkennen werden, daß die für Braun abgegebenen Stimmen in Wirklichkeit dem Zentrumspfaffen Marx gegolten haben. Diese ehrlichen Arbeiter zu überzeugen, **das soll unsere Kleinarbeit in den Betrieben sein.**

Nun heran ans Werk, das Versäumte wieder gutgemacht. Nicht den Zuhältern des Kapitals gehört unsere Stimme, sondern dem Arbeiter Ernst Thälmann.

Raubbauwirtschaft bei Hoppe & Roehming

Ammendorf

Das Antreibesystem und die Gier nach Profit scheint in diesem Betriebe alle Grenzen überschreiten zu wollen. Schon in der Zeit nach Weihnachten mußte ein großer Teil der Belegschaft längere Zeit aussetzen, angeblich wegen Arbeitsmangels. Auch jetzt müssen alle Woche 15 Mann je eine Woche aussetzen. Warum, das wissen die Götter. Von Arbeitsmangel kann keine Rede sein. Wehe dem Kollegen aber, der einmal dasteht und sich gerade macht. Sofort kommt jemand und brüllt:

„Wenn Ihr nicht arbeiten wollt, könnt Ihr zu Hause bleiben!"

Auch kommen keinesfalls alle Kollegen in Frage, sondern nur die ältesten, die jüngsten und die unlieblamen. **Der Zorn treibt einem die Schamröte ins Gesicht, wenn man mit ansehen muß, wie alte Leute, die fast ein Menschenalter für die Firma geschuftet haben und annähernd 40 Jahre im Betriebe sind, behandelt werden.**

Sie werden schikaniert bis aufs Blut.

Außerdem sind sie immer die ersten beim Aussetzen. Man ist sie überdrüssig und die Herrschaften sind zu feige, ihnen Auge in Auge gegenüberzutreten und zu sagen: geht nach Hause, ruht Euch aus auf Eueren Lorbeeren, oder **kauft Euch einen Strick und geht unter die Aasen,** denn unter den Menschen seit Ihr doch nichts mehr nütze. Auch versteht man es ausgezeichnet, sich einen Stamm Arbeitsfreudiger heranzuziehen, man gibt ihnen im Sommer beim Akkord immer Vorschuß über Vorschuß, und diese paar Kollegen glaubten, es ist verdienter Lohn und schufteten 12 bis 14 Stunden täglich. Aber, o weh, zum Jahresschluß kommt die Abrechnung und die meisten der Kollegen machten lange Gesichter, als sie sahen, daß sie noch **weit über 100 Mark Defizit,** also noch von Hause, wo sie nichts hatten, mitbringen mußten. Aber alle diese Kollegen bekommen große und gute Arbeit und brauchen keine Minute auszusetzen. Man sagt, sie sollen ihre Schulden abarbeiten. **Alle Woche wird etwas abgezogen. Wie ist es nun aber mit dem Urlaub vom vorigen Jahre?** Besaß doch Herr Kretschmar vorigen Sommer den Mut, den Kollegen, die ihren Urlaub verlangten, zu sagen, sie möchten warten, bis die Arbeit nachläßt. Jawohl, Herr Kretschmar, so war es. **Warum besitzen Sie jetzt nicht den Mut, dem Chef zu erklären,** daß, da ja die Arbeit nachgelassen hat und die Konjunktur bald wieder in voller Höhe ist, wir den Leuten den Urlaub vom vorigen Jahre geben müßten und den von diesem Jahre gleich mit? **Oder rechnen Sie auf die Dummheit der Proleten, daß Sie dieses Geld auch noch schlucken können und die ausgemergelten und bis aufs Blut ausgesogenen Arbeiter um ihren Urlaub betrügen.**

Die Belegschaft warnt Sie, den Spaß nicht zu übertreiben.

Denn die Not und und Verzweiflung wird sie zur Einigkeit zwingen.

Diese Zustände konnten nur durch die Lauheit und Gleichgültigkeit der Belegschaft so weit eintreiben.

Die Hauptschuld trägt der Betriebsrat.

Der hielt es für richtiger, den **Bibelforschern beizutreten, als seine Kollegen zu vertreten.** Nun, Brüder der Armut, Brüder des Hungers, **die Lauheit muß aufhören.**

Zusammengeschlossen in der blutroten Front und mal Schluß gemacht mit den Schmarotzern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250407-18/fragment/page=0005

Kommunistenprozesse und kein Ende

Die Angegriffenen, nicht die Angreifer sitzen auf der Anklagebank — Völkische Terrorgruppen in Delitzsch — Schupoleute als Stahlhelm-Mitglieder unter den Angreifern

Das große Schöffengericht verhandelte in seiner gestrigen Sitzung gegen zwölf Arbeiter und Arbeiterinnen aus Delitzsch und Umgebung, die teilweise auch Mitglied der Kommunistischen Partei sind. Der Prozeß, der voraussichtlich drei Tage dauern wird und zu dem 42 Zeugen geladen sind, kommt im großen Schwurgerichtssaal (Poststraße) zur Verhandlung. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Tromp. Staatsanwalt Griffen vertritt die Anklage. Die Verteidigung haben die Rechtsanwälte Dr. Albert Müller und Dr. Fackenheim übernommen. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch und Raufhändelei.

Am 13. Juni vorigen Jahres sollte in Delitzsch, im Lokal „Lindenhof" eine Protestversammlung stattfinden, die sich mit der immer mehr und mehr zunehmenden Belästigung der Arbeiter durch angehörige völkischer Verbände befassen sollte. Die Versammlung wurde dann durch Stahlhelm- und Wehrwolfmitglieder provoziert und auch tätlich angegriffen. Es ist zu einer allgemeinen Keilerei gekommen, bei der die „nationalen Helden" den Kürzeren zogen und ihr Heil in der Flucht suchten. Der „Klassenkampf", der zu der Zeit gerade einmal wieder verboten war, konnte nichts von den Vorfällen berichten. Es soll aber auf beiden Seiten sehr blutige Köpfe gegeben haben, selbst von Toten ist die Rede. **Bezeichnend ist für diesen „Landfriedensbruchsprozeß", daß sich unter den Angeklagten keiner befindet, der zu den Völkischen gehört.** Man kann schon hieraus ersehen, wie das gleiche Recht in dieser demokratischen Republik aussieht.

Sämtliche Angeklagten erklären fast übereinstimmend, daß im „Lindenhof" zirka 50 Arbeiter versammelt waren, die dann von den Völkischen später angegriffen wurden.

Der Angeklagte Keitemann weist das Gericht auf die Tatsache hin, daß in Delitzsch

völkische Terrorgruppen

bestanden und daß diese Tatsache von 90 Prozent des Bürgertums sogar bestätigt werden könnte. Er selbst habe einmal einen Polizeibeamten während des Ausnahmezustandes auf einen geschlossenen Zug von Stahlhelmern, die sogar teilweise bewaffnet gewesen seien, aufmerksam gemacht.

Die Polizei sei aber nicht eingeschritten.

Die Arbeiterschaft von Delitzsch sei von diesen Leuten fortwährend belästigt worden. Aus diesem Grunde sollte eine Protestversammlung stattfinden. Der „Lindenhof", in dem sich zirka 50 Arbeiter versammelt hätten, sei plötzlich von Stahlhelmern umlagert, die die Arbeiter mit großen Steinen beworfen hätten. Eine andere Aussage, die er laut Protokoll des Bürgermeisters von Delitzsch gemacht haben soll, erklärt der Angeklagte für Schwindel. Er schildert dann noch, wie er

bei der Verhaftung mißhandelt

worden sei und weist darauf hin, daß er nicht organisiert sei und schon aus diesem Grunde keine führende Rolle bei diesen Vorfällen gespielt haben kann.

Sehr interessant ist die Vernehmung des Angeklagten Plath, dessen Aussagen mit den in der Voruntersuchung gemachten gar nicht übereinstimmen. Als der Angeklagte vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht wird, daß er in der Voruntersuchung anders ausgesagt habe, sagt der Angeklagte:

„Ich habe in der Voruntersuchung überhaupt keine Aussagen gemacht. Mir wurde das Protokoll zur Unterschrift vorgelegt. Ich habe aber nichts unterschrieben, da die Angaben nicht richtig sind." Der Vorsitzende stellt fest, daß das Protokoll tatsächlich nicht unterschrieben ist, glaubt aber, daß der Angeklagte aus Angst vor Weiterungen die Unterschrift verweigert hat. Der Angeklagte bestreitet das.

Der Angeklagte Thomas gibt an, daß er schon vor der Versammlung von einem Polizeiwachtmeister vor einem Ueberfall von seiten des Stahlhelms gewarnt worden sei. Er schildert den Vorgang wie die übrigen Angeklagten. Als der Vorsitzende bemerkt, daß es sich doch gerade umgekehrt zugetragen haben soll, brechen sämtliche Angeklagte in heiteres Lachen aus. Der Vorsitzende verbittet sich das und bemerkt, daß die Sache doch nicht lächerlich sei. Man hat den Eindruck, als sei der Vorsitzende schon jetzt der Meinung, daß den Angeklagten noch das Lachen vergehen wird.

Der angeklagte Jugendgenosse Mittelbach hat schon auf dem Wege zum „Lindenhof" gesehen, wie sich der Stahlhelm auf dem Roßplatz versammelt hat. In der Grünstraße, also in unmittelbarer Nähe des „Lindenhof", hat er eine Stahlhelmpatrouille angetroffen, unter der sich auch der Sohn des Bürgermeisters befunden habe.

Bei dem Angriff hat er den Schupowachtmeister Glaser mitten unter den Angreifern gesehen.

Als die Arbeiter sich zur Wehr setzten, seien die Stahlhelmer über den Bahnübergang geflohen. Der Stahlhelmer Könnecke hat ein Messer in der Hand gehabt und ist später von den Arbeitern eingeholt und tüchtig verprügelt worden. Als der zweite Angriff auf die Arbeiter erfolgte, hat der Angeklagte deutlich gehört, wie Dr. Kurzhals kommandiert habe: „Hohenrode vortreten!" (In Hohenrode ist eine besonders tüchtige Arbeitermordgruppe.)

Der Angeklagte Lutzmann sagt dann noch aus,

daß der Schupowachtmeister Thiele (Mitglied des Stahlhelms) dem Stahlhelm befohlen habe, die Arbeiterschaft im „Lindenhof" anzugreifen.

Dies kann durch Zeugen bestätigt werden. Der Angeklagte hat dieserhalb zweimal bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet.

Die Nachmittagssitzung

begann mit der Zeugenvernehmung. Schon nach den Aussagen der ersten Zeugen steht für uns fest, daß auf die Anklagebank die gehören, die diesen Zusammenstoß bewußt hervorgerufen haben und heute als Belastungszeugen gegen die angeklagten Arbeiter auftreten. Die meisten Zeugen, die dem „Stahlhelm" angehören oder mit den Völkischen sympathisieren, können sich an alles erinnern, was die Angeklagten belasten könnte. Sobald die Verteidigung aber Fragen stellt, die dazu dienen, den ganzen Sachverhalt zu klären und zu beweisen, daß man auf seiten der Stahlhelmleute den Zusammenstoß bewußt herbeigeführt hat, verläßt diese Herrschaften das Gedächtnis, oder Schweigen ist Antwort. Sie sind auch alle rein zufällig zum „Lindenhof" gekommen.

Der Zeuge Hilmar Schuster macht aber doch Angaben, aus denen man sehr viel ersehen kann. So sagt er anfangs seiner Aussagen, daß er nach Geschäftsschluß nach dem Restaurant „Eisernes Kreuz" gegangen sei, wo sich die Stahlhelmer versammelt hätten. Als die Verteidigung diese äußerst wichtige Aussage festhalten will, merkt der junge „Held" jedenfalls, daß er eine Dummheit begangen hat, und erklärt, daß es sich nicht um eine direkte, angesetzte Versammlung gehandelt habe. Er habe vielmehr im Vorbeigehen vier Bekannte in der Tür des Lokals gesehen und habe sich zu ihnen gesellt. Einer von ihnen habe dann aufgefordert, mit zum „Lindenhof" zu kommen. Auf das Drängen der Verteidiger, wer denn hierzu aufgefordert habe, und was man am „Lindenhof" gewollt habe, sagt dieser Zeuge wörtlich:

„Doktor Fritsch sagte: „Wir wollen einmal zum „Lindenhof" gehen und nachsehen, ob dort alles ruhig ist!"

Als sie hier angelangt seien, habe man sie plötzlich mit Steinen beworfen. Dieser Zeuge ist typisch für die ganze Verhandlung. Auf vieles kann er sich genau erinnern. Aber er will nicht wissen, in wessen Begleitung er zum Arbeiterlokal gegangen ist.

Der Polizei-Obersekretär Stephani hat mit dem Polizeiwachtmeister Thiele zufällig in der Nähe des „Lindenhofes" gestanden. Er will gesehen haben, daß Arbeiterradfahrer patrouillierend hin und her gefahren seien und daß ein Trupp Arbeiter aus dem Lokal gestürmt wäre. Dieser Trupp sei später wieder zurückgekommen. Der Angeklagte Lutzmann weist darauf hin, daß dieser Zeuge Mitglied des „Stahlhelms" sei und schwerlich gegen seine Gesinnungsfreunde aussagen werde. Lutzmann hält auch dem nächsten Zeugen, dem Polizeiwachtmeister Claassen verschiedenes vor. Danach ist Claassen auch Mitglied des „Stahlhelms" und hat sich bei verschiedenen Zusammenstößen immer auf seiten der Stahlhelmer aktiv gegen die Arbeiter beteiligt. Der Vorsitzende sagt darauf zu dem Angeklagten: „Das ist Ihre Annahme." Lutzmann: „Das ist keine Annahme, sondern eine festgestellte Tatsache!" Der Zeuge Claassen muß dennoch zugeben, daß mit Steinen geworfen ist. Von der Verteidigung gedrängt, sagte der nächste Zeuge, Polizeiwachtmeister Thiele, aus, daß er die Empfindung gehabt habe, daß auch die Rechtsorganisationen ihre Mitglieder an diesem Tage aufgerufen haben. Die Leute haben auch immer Streitigkeiten hervorgerufen. Vor allem soll Könnecke, dem bei dieser blutigen Keilerei ein Auge verloren ging, immer etwas vorlaut gewesen und stets mit einem dicken Stock bewaffnet gewesen sein. Der Zeuge schildert noch, wie die Haussuchungen vorgenommen wurden, nachdem Bitterfelder Schupo eingetroffen war.

Hierbei wurde auch die Leiche des Arbeiters Krell, der von den Völkischen erstochen wurde, aufgefunden.

Fest steht schon heute, daß die Stahlhelmer den Zusammenstoß provoziert haben, und ferner, daß der Genosse Kröll von Völkischen niedergestochen wurde.

Die Verhandlung wird heute fortgesetzt und dürfte erst am Mittwochabend abgeschlossen werden. Weiterer Bericht folgt morgen.

Für eine Preßbeleidigung wurde gegen den „Klassenkampf" ein halbes Jahr Gefängnis beantragt.

Pietzker und Schulze,

die Mörder vom „Volkspart" sind noch nicht einmal in den Anklagezustand versetzt worden.

Wie lange soll noch mit zweierlei Maß gemessen werden?

Neues Terrorurteil gegen den „Klassenkampf"

Das Schöffengericht in der Kleinen Steinstraße verhandelte gestern gegen Redaktion und Verlag des „Klassenkampf". Angeklagt waren die Genossen Drechsler und Barnack. Herr Noske hatte sich beleidigt gefühlt, weil er mit auf das in Halle bekannte Haarmann-Plakat gesetzt worden war. Er hat beschworen, daß er Haarmann nie gekannt habe und daß Haarmann nicht als politischer Spitzel verwandt worden sei.

Das Preußische Innenministerium hat jedoch eine Aussage zu dieser Verhandlung gemacht, daß Haarmann als Spitzel für kriminelle Angelegenheiten Verwendung fand und von Fall zu Fall von der Polizei bezahlt worden wäre.

Wenn man sich daran erinnert, was die Severing-Regierung alles unter kriminellen Verbrechen versteht, daß sie alle politischen Delikte, die irgendwie mit Körperverletzung oder Eigentumsvergehen zusammenhängen, als kriminelle Verbrechen bezeichnet, so bleibt nicht zweifelhaft, daß Haarmann nicht nur zur Feststellung von Taschendieben von der hannoverschen Polizei bezahlt worden ist.

Genosse Drechsler, der aus der Strafhaft vorgeführt wurde, gab zu, für die Zeitung, in der das Bild abgedruckt sei, die redaktionelle Verantwortung zu übernehmen, behauptete aber, daß nicht die Person Noske beleidigt werden sollte, sondern

daß das System Noske, der als Reichswehrminister die Spitzelei eingeführt hat, mit dem Bilde charakterisiert werden sollte.

Genosse Barnack, der ebenfalls diese Auffassung bekundete, bewies aber, daß er für den Inhalt der Druckschriften nicht verantwortlich gemacht werden könne, da er nur betriebstechnischer Leiter der Produktiv-Genossenschaft ist.

Der Staatsanwalt beantragte trotz dieser Feststellungen die ungeheuerliche Strafe von 6 Monaten Gefängnis für den Genossen Drechsler und 2 Monaten Gefängnis für den Genossen Barnad.

Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis für den Genossen Drechsler und 6 Wochen Gefängnis für den Genossen Barnad.

*

Die hallische Justiz scheint sich gerade in diesem Falle Herrn Niedner und den Reichsanwalt Neumann zum Vorbild genommen zu haben. Für eine einfache Beleidigung einhalb Jahr Gefängnis zu beantragen, ist eine Tatsache, die wohl noch nie dagewesen ist. Genosse Drechsler führte mit Recht den Fall eines Apothekers aus Naumburg an, der für eine schwere Ebert-Beleidigung — er hatte in der Oeffentlichkeit gesagt, Ebert sei der größte Verbrecher am deutschen Volke — nur eine Geldstrafe von 300 Mark erhielt. Trotz dieser Feststellung war das Gericht, unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrat Lüdike, nicht von der Gefängnisstrafe abgegangen. In der Begründung betonte Herr Lüdike, **der wegen scharfer Urteile gegen den „Klassenkampf" bekannt ist,** daß schon aus der politischen Einstellung der Kommunistischen Partei gegen Noske die bildliche Darstellung auf dem Haarmann-Plakat mit den dazugehörigen Unterschriften eine Beleidigung sei. Nach unserer Ansicht wäre gerade diese absolut politische Stellungnahme ein Milderungsgrund für die Bemessung des Strafmaßes gewesen.

Alle diese harten Strafen werden den „Klassenkampf" nicht hindern können, die Sprache der Arbeiterschaft zu reden und die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten gegen den Terror der Bourgeoisie und die arbeiterfeindlichen Einrichtungen ihrer Regierung.

Mittwoch den 8. April, abends 8 Uhr, im „Volkspart" **große Funktionärsitzung!** Alle Partei-, Gewerkschafts- u. Genossenschaftsfunktionäre haben unbedingt zu erscheinen. KPD., Ortsgruppe Halle.

Meß-Mend

62

Roman von Jim Dollar

Es muß zugegeben werden, daß Mr. Milli mit einem ausgezeichneten Appetit aß; während des Essens betrachtete er seine Tochter, als wenn er sie zum ersten Male gesehen hätte. Beide, Vater und Tochter, waren so sehr miteinander beschäftigt, daß sie die festen Schritte des ehemaligen Sekretärs überhörten und ihn erst in dem Augenblicke bemerkten, als er mit Koffer, Hut und Aktentasche vor ihnen stand.

„Ich muß sofort reisen," sagte er kurz und stieß plötzlich einen erstaunten Ausruf aus. Sein Blick fiel nämlich auf Miß Milli... Aber was war das für eine Miß Milli!

Vor ihm stand eine hochgewachsene, alte Frau in einem Hauskleide, mit einem zermürbten Gesicht und spärlichen, auf dem Hinterkopfe zusammengebundenen grauen Haarsträhnen. Sie hielt dem Blick des Mr. Toosk mit Würde stand und sagte einfach:

„Alle Diener haben uns verlassen, Mr. Toosk. Vater und ich sind allein im Cottage geblieben."

Mr. Toosk stellte Koffer und Aktentasche auf einen Stuhl, nahm seinen Hut ab, reichte ihr die Hand und sagte zu ihr mit einer Stimme, wie er noch niemals mit ihr gesprochen hatte:

„Guten Tag, Miß Milli, wir haben uns heute noch nicht gesehen. Beunruhigen Sie sich nicht, ich bleibe heute über Nacht hier und morgen werden wir sehen, was sich machen läßt. Ich fürchte, daß ich daran schuld bin, daß Ihre Dienerschaft davongelaufen ist."

Auswanderung der Krähen, oder was man erreichen kann, ohne seinen Platz zu verlassen.

Frühmorgens kleidete sich Mr. Toosk an, ging nach unten und unterzog alle mit dem Aufenthalt im Cottage verknüpften wirtschaftlichen Aufgaben einer kritischen Prüfung. Er war keineswegs sentimental, er dachte nicht daran, sich eine Schürze umzubinden, den Herd zu heizen, Hühner zu schlachten, wie es an seiner Stelle ein aus einem Roman geliehener Gentleman getan hätte. Mr. Toosk war ein Mann der Tat. Er rauchte eine Zigarette, verließ das Haus und ging mit festen Schritten zu der nahegelegenen Farm des Mr. Dote.

Aber sein Klopfen blieb vergeblich. Toosk klopfte noch einige Male — mit dem gleichen Resultat, dann stemmte er sich gegen den Zaun und schwang sich mit recht viel Geschick auf die andere Seite.

Dotes Farm war erstaunlich verwahrlost und öde. Einige schläfrige Ferkel und Truthühner wankten durch den grasbewachsenen Hof, die Gemüsebeete erkor sich der Hahn zu einer Ausgrabungsstelle; das Haus war vernagelt und offenbar in tiefen Schlaf versunken.

Toosk versuchte, durch die Tür einzudringen, aber als ihm dies nicht gelang, zuckte er mit den Achseln und verwirklichte sein Bestreben mit Hilfe des Fensters. Er geriet in einen Vorraum, wo an die zwanzig Neger, durchdringend schnarchend, auf Matten schliefen. Kaum hatte er einen von ihnen berührt, als alle zwanzig aufsprangen und ihn mit ihren Knüppeln zu bedrohen anfingen.

„Ich bin ein Geist!" sagte Toosk kurz, mit auf der Brust verschränkten Armen. „Nun, versucht mal, mich anzurühren!"

Die Neger sahen sich an, Toosk erkannte, daß er die Situation richtig erfaßt hatte.

„Ich bin ein Gespenst!" sagte er wieder, „ich weiß alles, was hinter meinem Rücken geschieht. Die dummen Kerle sind Mr. Milli davongelaufen, und Ihr wißt sehr gut, wo sie zu finden sind. Einer von Euch wird sie sofort einholen und zurückbringen, sonst fresse ich diese Nacht Eure sämtlichen Seelen, die Seelen Eurer Ahnen und die Seelen der im Schoße Eurer Frauen liegenden, noch nicht geborenen Kinder Verstanden?"

Die Neger drängten sich, wie eine erschreckte Herde, in eine Ecke und zitterten wie Espenlaub.

„Masta Dote wird uns schlagen," sagte furchtsam einer von ihnen

„Er wird Euch nicht schlagen, — ich werde selbst mit ihm sprechen. Nun — eins, zwei, drei!" und er gab einem von ihnen einen kräftigen Klapps, daß er entsetzt aus dem Zimmer stürzte.

Dann wandte sich Mr. Toosk kaltblütig der Hauptfestung der Farm zu, der Tür des Mr. Dote. Nachdem er sich überzeugt hatte, daß sie fest verschlossen war, begann er zuerst mit Fäusten und dann mit Füßen dagegenzutrommeln.

„Wer ist der unverschämte Kerl, der sich nach einer Kugel sehnt?" brüllte Dotes Stimme, „mag er mir sein Gesicht zeigen, damit ich einen Tomatensalat aus ihm machen kann!"

„Der neue Staatsanwalt des Staates Illionis," sagte Toosk ruhig.

Hinter der Türe trat tiefe Stille ein, dann rasselte der Riegel; nackte Füße liefen über den Fußboden und Dotes höfliche Stimme bat Toosk, „einzutreten".

Toosk ließ sich nicht lange bitten und stieß vor allem auf Dotes malerische Gestalt, deren Holzhand eine Revolvermündung gegen ihn richtete. Mr. Toosk schritt durch das Zimmer und erblickte den zweiten Dote, einen schwarzbärtigen Mann mit gutmütigem Gesicht, der in eine Decke gehüllt, in seinem eigenen Bette lag.

„Bitte, nehmen Sie Platz, Sir," sagte er zuvorkommend, „wenn Sie rauchen wollen — dort steht eine gute Havanna. Wundern Sie sich nicht über mein Benehmen. Wenn ein unglücklicher Mann von schwachem Charakter bis zur Glühhitze gebracht wird, dann pflegt er alle Selbstschutzmethoden bis aufs äußerste zu übertreiben."

„Wer hat Sie bis zur Glühhitze gebracht?" fragte Toosk trocken und rauchte sich eine Zigarre an.

„Ein rothaariger Satan von sechzig Jahren, der die feste Absicht gefaßt hat, mich zu heiraten."

„Einen solchen kenne ich nicht in dieser Gegend," schnitt Toosk die Fortsetzung des Berichtes ab und fuhr fort, aromatische Ringe blasend, „ich bin in einer wichtigen Angelegenheit zu Ihnen gekommen. Die Neger des Nachbarhauses sind davongelaufen und haben den gelähmten Greis und die ehrenwerte alte Lady, seine Tochter, ihrem Schicksal überlassen. Ich habe einen von ihren Dienern den Entflohenen nachgeschickt und bitte Sie nun, die Hälfte Ihrer Dienerschaft aushilfsweise ins Nebenhaus zu schicken. Offen gestanden, würde ich an Ihrer Stelle selbst zu ihnen hingehen, allein schon deshalb, weil mein persönliches Verbleiben in dieser sympathischen Familie leider ein Ende nehmen muß."

Dote glotzte ihn verständnislos an. Auf seinem Gesichte zeigten sich rote Flecke.

„Und der rote Satan hat noch keine Anstalten gemacht, Sie zu heiraten?" murmelte er ratlos.

„Ich wiederhole," antwortete Toosk kalt, „ich habe niemand gesehen, auf den Ihre Worte passen könnten. Die alte Lady, die Wirtin des Cottage, ist eine durchaus ehrenwerte Person. Ziehen Sie sich an!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250407-18/fragment/page=0006

Nach der Mietsteigerung Erhöhung der Kohlenpreise

Wie die Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis Halle mitteilt, sind auf Beschluß des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats die Preise für Hausbrandbriketts zufolge Lohnerhöhung mit Gültigkeit vom 6 April an um 1 Mk. je Tonne **heraufgesetzt** worden; eine weitere Erhöhung vom 1. Juli bis 1. September um 60 Pf. je Tonne ist in Aussicht genommen.

Die Brikettpreise sind demnach vom 6. April an folgende:

bis 10 Zentner frei Haus 1,35 Mk.,
über 10 Zentner frei Haus 1,30 Mk.

Preß-Steine:

1000 Stück frei Haus 20 Mk. (50 Stück = 1 Zentner)
1000 Stück ab Platz 17 Mk.

Grudekoks:

1 Zentner frei Haus 1,35 Mk.,
1 Zentner ab Platz 1,15 Mk.

*

Diese Meldung, gerade zu Beginn des Frühjahres, wo man wegen verminderten Gebrauchs von Briketts gewöhnlich eine Herabsetzung der Kohlenpreise erwartet, trifft die Arbeiterschaft mit ganz besonderer Schwere. Man will angebliche Lohnerhöhungen auf die Konsumenten abwälzen, wie das im Wesen des Unternehmertums liegt. Hierbei ist aber nachdrücklich festzustellen,

daß von einer Lohnerhöhung überhaupt nicht die Rede sein kann, weil keine stattgefunden hat. Denn der Tarif der Braunkohlenarbeiter läuft noch bis zum 30. Juni.

Hallische Arbeiter, seid auf dem Posten! Die lebenswichtigsten Produkte sollen Euch verteuert werden, damit die unter dem Schutze der schwarzweißroten Luther-Regierung wirtschaftende Industrie auch genügend Profit herausschinden kann. Gleichzeitig aber werdet Ihr in heuchlerischer Weise für diese Teuerung verantwortlich gemacht, indem von Lohnerhöhungen gefaselt wird, die gar nicht eingetreten sind. Auch bei der zu Anfang April vorgenommenen Mietpreiserhöhung hat man Euch vorgeflunkert, daß diese zum Besten der Mieter sei. Ihr aber spürt am eigenen Leibe, daß Euer Lebensniveau immer niedriger geschraubt wird. Hier muß endlich Einhalt geboten werden. Schärfster Kampf **gegen die Wuchermethoden des kapitalistischen Systems muß die Parole sein.**

Die Sauberkeit in den hallischen Schulen

Sie ist seit Jahren nur ganz unzulänglich durchgeführt worden. Der gegenwärtige Zustand ist geradezu eine gesundheitliche Gefahr für die schulbesuchende Jugend. Mit der Knappheit der Reinigungsmaterialien und der Ueberfüllung der Schulen infolge Zusammenlegung von mehreren Systemen in ein Schulhaus, Vor- und Nachmittagsunterricht, der gefräßigen Kriegsmaschine zuliebe, fings an. Dann kam nach dem Zusammenbruch die Zeit der gespannten Etats, wo „gespart" werden mußte. Die Ausgaben für Polizei, Kirchen usw. kürzte man natürlich nicht, ebensowenig die Gehälter der höheren Beamten. Desto eifriger knickerte man an dem Ausgabeposten herum, die die Volksschule betrafen. Lehrer baute man ab; Klassen wurden eingezogen, wenn sie etwas schwächer als normal besetzt waren, wodurch überfüllte Klassen entstanden; die Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel wurden so knapp im Etat angesetzt, daß die Notwendigkeiten eines geregelten, erfolgreichen Unterrichts nicht beschafft werden konnten; endlich — das schlimmste — baute man die Reinigung der Schulen in unverantwortlicher Weise ab. Der trockene Staub, der Feind der kindlichen Atmungsorgane, Ursache vieler Tuberkuloseerkrankungen, lag ständig in den Klassenräumen, weil das nasse Verfahren, das einzige Mittel gegen den Staub, abgeschafft wurde. Ferner wurde in der Woche nur fünfmal gereinigt, dabei waren die Arbeitszeiten für das Reinigungspersonal so knapp angesetzt, daß das vorgeschriebene Pensum nur in Pfuscharbeit geleistet werden konnte. Was scherte die Bureaukraten die Gesundheit der Kinder, wenn sie nur ihren fein ausgetüftelten Plan durchsetzten und der Finanzverwaltung Ersparnisse verschafften. In vielen Schulen herrscht infolge dieser jahrelangen Vernachlässigung der Reinigung ein Zustand, der skandalös ist. Nicht genug damit, für den neuen Etat von den Schulleitern angeforderte größere Mittel wurden verweigert. Der Etat mußte zur Balance gebracht werden, da stehen die Stadthallenbaugelder, das Flughafenkapital drin, Summen für Kirchenreparaturen, Millionen für die Pieskerpolizei, also hieß es knapsen. Und Finanzverwaltung und Magistrat waren gewissenlos genug, beim Punkte Schulreinigung zu „sparen". Was kümmert die Leute die Aufsicht, daß jede so gesparten tausend Mark ein tuberkulöses Kind erzeugen!?

Diesem Skandal machten unsere Genossen von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion kopleich bei Beginn der Etatsberatung ein Ende. Im Schulausschuß beantragten sie Erhöhung der Lohnsumme für Schulreinigungsarbeiten in Volksschulen von 28 000 auf 50 000 Mark, ferner bei den übrigen Schuletats Wiederherstellung aller durch „Sparmaßnahmen" gestrichenen Ansätze für außerordentliche Reinigungen. Der Antrag wurde angenommen. Wenn die Stadtverordnetenversammlung diesem Beschluß beitritt und dadurch der Magistrat gezwungen wird, seine „Sparsamkeit" gegenüber den Volksschulen aufzugeben, besteht die Hoffnung, daß die Zeit der skandalösen Schulverdreckung und der Schinderei des Reinigungspersonals zu Ende gehen wird.

* **Gasmerbewache.** Infolge des überaus starken Andranges konnten viele Besucher der Gasausstellung im Thaliasaal dem gestrigen Vortrage nicht beiwohnen. Um diesen Gelegenheit zu geben, den lehrreichen und interessanten Vortrag zu hören, findet eine letzte Wiederholung heute, Dienstag, abend 8 Uhr statt. Eintritt frei. (Näheres siehe Anzeige.)

Protestkundgebung der Sozial-Rentner

Am Sonnabend, dem 5. April, fand im „Volkspark" eine Protestkundgebung der Sozialrentner Halles statt, die sehr gut besucht war. Unter allgemeiner Empörung teilte der Vorsitzende, Genosse Schoenlank, mit, daß der Reichstag, der 715 Millionen Mark für die Ruhr-Kapitalisten übrig habe, den Sozialrentnern eine monatliche Zulage von zwei resp. einer Mark gewährt habe. Das ist eine freche Verhöhnung der ärmsten der Armen. Es wurde an Hand rechnerischer Unterlagen nachgewiesen, daß auch die sogenannten Umwertungssätze nur Bettelpfennige seien, da zum Teil die Renten im ganzen Monat um nur weitere 35 Pf. erhöht, während der größte Teil der Rentner, weil er eine zu niedrige Klasse geklebt habe, ausfällt.

Nach der lebhaften Aussprache schloß die Versammlung mit dem Willen, noch energischer wie zuvor ihr Ziel zu verfolgen.

Die nächste Versammlung findet am Sonntag, dem 3. Mai, vormittags 9 Uhr, statt.

Nach Schluß des öffentlichen Teiles hatte sich der Frauenchor bereit erklärt, den ärmsten der Armen einige Lieder vorzutragen. Die Augen der Alten wurden feucht, denn vor ihnen stieg Jugendzeit auf. Alt-Invaliden wünschten, bald wieder einmal sich auf einige Zeit aus den grauen Alltagssorgen durch solche Darbietungen herausheben zu lassen.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe S-Alle

Heute, ½8 Uhr, Turnen in der bekannten Turnhalle.

Mittwoch haben sich alle Funktionäre an der Funktionärsitzung der Partei zu beteiligen.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß am Donnerstag der letzte Zahlabend für die Fahrt nach Dessau ist.

Freitag abend um 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Gruppenabend Am Nachmittag treffen sich alle Genossen um 2 Uhr Hallmarkt zur Fahrt ins Blaue.

*

Jung-Spartakus-Bund

Am Mittwoch, dem 8. April, abends 6 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine Leitersitzung statt. Da wichtige Gruppenangelegenheiten zu erledigen sind, müssen alle Leiter und Vorstandsmitglieder pünktlich erscheinen.

Achtung, Parteimitglieder!

Am Donnerstag, dem 9. April, abends 8 Uhr, finden in nachfolgenden Lokalen

Oberbezirksversammlungen

statt:

Oberbezirk Norden: „Volkspark",
Oberbezirk Mitte: „Goldene Kette",
Oberbezirk Osten: „Erholung" (Martinsberg),
Oberbezirk Süden: „Loeses Hof",
Oberbezirk Westen: „Produktiv-Genossenschaft".

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß alle Parteigenossinnen und -genossen an dieser Versammlung teilnehmen.

Ortsgruppe der KPD. Halle.

*

An alle Ortsgruppen des Bezirks Halle-Merseburg

Alle Ortsgruppen, welche sich am Jugendtag in Dessau beteiligen, müssen sofort Teilnehmerzahl und Ankunftzeit an folgende Adresse senden: A. Harpke, Dessau, „Volkshaus", Kochstedter Straße.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Turn- und Sportvereinen Diemitz. Turnabteilung: Nächste Turnstunde am Mittwoch, dem 8 April (Kinder: 6,30 bis 8 Uhr; Frauen und Männer: 8 bis 10 Uhr abends). Schwimmabteilung: Nächste Uebungsstunde Donnerstag, den 9. April, abends 7,45 bis 9 Uhr für sämtliche Riegen im Stadtbad. — Neuanmeldungen werden in den Uebungsstunden angenommen. — Osterm Wanderfahrt nach Querfurt (Ziegelrodaer Forst). Abfahrt Sonnabend nachmittag 6,25 Uhr. Anmeldungen bis Mittwoch, den 8. April, beim Vorsitzenden.

2. Kreis, 6. Bezirk, Kinderturnmarie. Freitag, den 10. April, vormittags 11 Uhr, findet in Halle im „Volkspark" das Ausscheidungsturnen für die Bezirksmaibenriege statt Jeder Verein ist berechtigt, mit zwei seiner besten Knaben zu erscheinen.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Kaufen Sie Ihre Geschenkartikel in
Uhren, Gold- und Silberwaren
1035 bei der bekannten Firma
Amand Weiss, Halle a. S., Kleinschmieden 6, gegenüber Alex Michel

Wenn Sie zur Anschaffung für das **Osterfest** 1041 kein Geld haben
Wenn Sie einen **Frühjahrsanzug** oder **Mantel** brauchen
Wenn Sie für Ihren Sohn einen **Anzug** kaufen wollen
Wenn Sie einen **Gummi-, Loden-** oder **impr. Mantel** benötigen
Wenn Sie für Ihre Frau Gemahlin einen neuen **Frühjahrs-Mantel, Kostüm** oder **Kleid** anschaffen wollen
Wenn Sie für Ihre Wirtschaft neue **Wäsche (Bett-, Leib- und Tischwäsche)** schaffen müssen
Wenn Sie bedenken, daß Sie dies alles **auf Kredit** bei kleiner Anzahlung und niedrigen Raten bekommen können
dann wenden Sie sich vertrauensvoll an uns, wir stellen Sie in jeder Hinsicht zufrieden
Kredithaus
Carl Klingler
11 Halle S. 11
Leipziger Straße
Erste Etage, Eingang Kl. Sandberg
Vertreter für Merseburg und Umgebung:
Hugo Dies
Frie.richtr. 32

Herren-Hüte
Mützen
Jetzt billiger!
Wollhüte 8,50 8,00 7,00 6,00 **5,50**
Haarhüte 19,50 17,00 16,50 13,50 **11,00**
Sporthüte 9,80 **7,50**
Sportmützen 5,50 5,00 4,00 3,00 2,50 2,00 **1,75**
Klubmützen 8,00 6,80 5,50 4,50 3,30 2,80 **2,50**
Fliegermützen 1037 5,00 3,00 2,70 **2,00**
Franz Zenk
Gr. Klausstr. 1, neb. d. Katschenke
Kl. Berlin 2 — Merseb. Str. 161
jetzt auch im neuen Geschäft
Leipziger Str. : Ecke Poliskr. 1

Meine Geschäftsräume befinden sich jetzt:
Schmeerstr. 16
früher Bodike Honigtuchenfabrik
Willy Voigt 1031
Schokoladen - Spezial - Großhandlung

Uptodate u. Industrie-Saat-Kartoffeln!
als bewährte gute Speisesorten halte ich gerade von diesen jetzt ständig größere Lagerbestände und zwar nur mecklenburgische Sandbodenware und bitte um Besichtigung. Reiche Auswahl in Frühkartoffeln
Karl Erbe, Kartoffelgroßhandl.
Gegr. 1879 Fernruf 1425
Magdeburger Str. 67 (a. Riebeckplatz)

ZICHNA
Einer sagts dem andern,
sie ist doch
die beste Zigarette
die ich in letzter Zeit
1030 geraucht habe

Die Qualitäts-Kravatte
stets preiswert und gut in reichster Auswahl bei
W. Brackebusch
Halle a/S. Gr. Ulrichstr. 37
1040

Lederpantoffeln f. Frauen 2,90
Plüschpantoffeln f. Frauen 1,90
mit guter Ledersohle
Nur Kl. Ulrichstr. 9
Pantoffelfabrik 1028
Wiederverkäufer erhalten Rabatt!

Schmeisser
Lederhandlung Gr. Märkterstr. 5
empfiehlt sehr preiswert
Schnürsenkel, Schuhtreme, Gummi-Absätze
15 bis 63 Pf. pro Paar 1026

Von Mittwoch mittag an steht ein frischer Transport
pa. hannoversche Ferkel, Läufer- u. Futterschweine
sehr preiswert zum Verkauf *1036
H. Richter, Trotha er Str. 80 Telephon 3752

Empfehle zum
Osterfeste:
gem. Zucker Pfd. 33 ₰
Ja di Mohn Pfd. 65 ₰
Ba. Mandeln Pfd. 2,00, 2,40 ₰
Ba. Sultaninen Pfd. 80 ₰ 1,00 ₰
Ma. orinth. Pfd. 80 ₰
Ba. Rosinen Pfd. 80 ₰
Ba. Weizenmehl Pfd. 24, 28 ₰
Ba. bayr. Schmelz Margarine Pfd. 1,00, 1,20 ₰
Ba. Tafelmargarine 55 ₰, 1,00 ₰
Ba. Madchmalz Pfd. 1,00 ₰
Ba. inure Gurken
Ba. Pfeffergurken
Ba. Senfgurken
Kapern, Perlzwiebeln, Sardellen
Zitronen Stck. 3—8 ₰
Apfelsinen Stck. 3—17 ₰
Hochg. gebr. Kaffees ¼ Pfd. 50 ₰, 1,20 ₰
Echter Jamaika-Rum
Jamaika-Rumersatz
Weinbrand-Cognac u. Berschnitt
Franz Jaeger, Zeitz
Brühl 32 | 435

Kern- und Toiletteseifen, sowie Seifenpulver und Schuhtreme
finden Händler, Hausierer u. Wiederverkäufer billigst im Stadtgeschäft **Landwehrstr. 3** I

Bezirks-Konsumverein Weißenfels-Naumburg e. G. m. b. H.
Einladung
zu der am Mittwoch, dem 15. April, abends 7 Uhr im großen Saal des Volkshauses stattfindenden
außerordentlichen Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Unterverbandstag
2. Stellungnahme zur Einführung der Vertreter-Generalversammlung
3. Vortrag über Genossenschaftstagungen. Referent vom Verband Thür. Konsumvereine 432
Zutritt nur gegen Vorlegung der roten Legitimationskarte
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates: W. Pierdte

Lichtspiele Pieterit
Progr. f. Dienst. b. Donnerstag, 9. April
„Dämon der Landstraße"
6 Akte äußerster Spannung mit „Tom Mix", dem verwegensten Reiter und Autoführer Ferner: 433
„Die Löwenhochzeit"
Amerikanisches Lustspiel in 2 Akten
„Dodo als Chauffeur"
Lustspiel in 2 Akten :: Anfang 8 Uhr

Wohnungstausch
In Bitterfeld gelegene 3-Zim m.-Wohnung, Küche, Zubeh. geg. ähnl. in Halle zu tauschen gesucht. Off. R. R. an Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstr. 1201

Halle—Bitterfeld
Anton Cichoszewski
Halle a. d. S. Thomasiusstr. 12, Hof III
führt alle Ausbesserungen und Neuanfertigungen in
Schuhwaren
aus und bittet die Genossen um Berücksichtigung bei vorkommenden Fällen.

Anschauungsbücher empfiehlt die Volksbuchhandlung

Kunstspeise-Fett Marke **Schmalzona 1 Pfd. 60 Pf.** | **Filet-Wurst** eine selten feine Delikatesse **1 Pfd. 120 Pf.** Wer probt lobt! | **Harzer Käse 5 Stück 10 Pf.**
Bis Ostern erhalten Sie auf jedes **1/2 Pfund** Molkerei-Butter Ersatz-Margarine **„Wie Butter"** zu 115 Pf. Tafelglück zu 95 Pf. Blütenbutter zu 90 Pf. **gratis** 1 Paket Pumpernickel | **A. Knäusel**
1046 „Wie Butter" ist eine kernige, feste Dauerware, welche im Geschmack tatsächlich der Butter gleich ist!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250407-18/fragment/page=0007

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Aussperrung der Berliner Metallarbeiter

Am Montag berichteten wir über den Beschluß des Verbandes der deutschen Metallindustriellen, die, wenn die Bielefelder Metallarbeiter nicht zu Kreuze kriechen, den dortigen Metallindustriellen zu Hilfe kommen wollen.

Jetzt ist es auch in der Berliner Metallindustrie zu einem großen Kampf gekommen. Bekanntlich haben die Kupferschmiede in Berlin einen **Stundenlohn von 1,20 Mk. verlangt.** Die Unternehmer haben diese durchaus berechtigte Forderung abgelehnt. Die Kupferschmiede sind daraufhin in den Streik getreten.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat hierauf beschlossen, daß, **wenn die streikenden Kupferschmiede in Berlin nicht bis spätestens Sonnabend vormittag die Erklärung abgeben, die Arbeit am Montag bedingungslos wieder aufzunehmen, in einer Reihe Lokomotivfabriken die Entlassung der Gesamtbelegschaft erfolgen wird.**

Die von den Unternehmern gewünschte Erklärung wurde **nicht** abgegeben. Infolgedessen sind die Firmen wie Borsig, Schwartzkopff, Ohrenstein & Koppel und andere am **Montag zur Entlassung ihrer Belegschaften übergegangen.** Bis jetzt liegen 10 000 Arbeiter auf der Straße. Die AEG. Hennigdorf hat ihre gesamte Belegschaft von 3000 Mann ausgesperrt. Wenn die Unternehmer die volle Aussperrung durchführen, werden infolge des Streiks der Kupferschmiede

in den nächsten Tagen 150 000 Arbeiter auf der Straße liegen.

Die Gewerkschaften wollen noch einen weiteren Schritt zur Beilegung der Differenzen unternehmen. **Sie wollen den Kampf nicht.** Sie gehen ihm aus dem Wege.

Die Berliner Metallarbeiter werden aber nicht zurückweichen, sie werden den Kampf aufnehmen.

Ein Ausweichen würde gleichzeitig einen Verrat an den Bielefelder Metallarbeitern bedeuten, die schon länger als fünf Wochen im Kampf stehen **um höhere Löhne, um die achtstündige Arbeitszeit.**

Die Berliner Metallgewaltigen beharren auf ihrem Standpunkt, daß die Kupferschmiede bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen haben, nur dann soll die Aussperrung rückgängig gemacht werden. Natürlich können sich die Metallarbeiter auf diese Unterwerfung nicht einlassen. Würden die Kupferschmiede nachgeben, dann würden die Unternehmer bei anderen Berufsgruppen das gleiche Manöver beginnen. Die Forderungen der Unternehmer gegenüber den Kupferschmieden sind so unverschämt und so provozierend, daß selbst die Gewerkschaften den Kampf aufzunehmen verpflichtet sind. Diese Verpflichtung besteht umso mehr, da die Gewerkschaften **keinesfalls den kämpfenden Metallarbeitern in Bielefeld in den Rücken fallen dürften.**

Darum Metallarbeiter, auf zum Kampf
zur Erringung des ausnahmslosen Achtstundentages,
zur Erringung menschenwürdiger Löhne.

*

Wie die bürgerlichen Blätter melden, sind die Unternehmer der übrigen Metallindustrie laut Verbandssatzungen aller Unternehmer der Metallindustrie verpflichtet, sich mit den von der Aussperrung betroffenen Firmen solidarisch zu erklären. Demnach würde

in zirka 420 Betrieben eine Riesenaussperrung von 240 000 Arbeitern in Frage kommen.

Der Metallarbeiterverband hat zu diesem Zweck den Schlichtungsausschuß angerufen.

Hesse vom BAV. ein Heuchler und Lügner

In der Nummer 12 der „Bergarbeiter-Zeitung" vom 21. März schreibt der Bezirksleiter Hesse vom BAV. für den Bezirk Halle einen Artikel gegen die gewerkschaftlich organisierten Kommunisten, **der einmal von Lügen strotzt und zum anderen eine direkte gewerkschaftsschädigende Handlung darstellt.** Hesse kann es nicht vertragen, daß er infolge seines Verhaltens in den letzten Jahren unter den Bergarbeitern im Oberröblinger Gebiet zur Einflußlosigkeit verdammt ist. Er schreibt einen zweiten Artikel über die Bergarbeiterversammlungen vom 15. Februar in Oberröblingen und befaßt sich dabei sehr eingehend mit einem Schreiben, das die kommunistischen Gewerkschafter als Einladung zur Versammlung verbreitet haben. Dabei versteift er sich auf die blöde Behauptung, daß Lademann, als Mitglied der Unterbezirksleitung Mansfeld, zu einer Aktion gegen den Verband mobil gemacht habe. Einmal muß festgestellt werden, daß Lademann schon seit einem Jahre nicht mehr Mitglied der Unterbezirksleitung Mansfeld ist, zum anderen hat gerade die intensive Propaganda der Kommunisten dazu beigetragen, daß zur Versammlung zirka 1000 Kameraden erschienen.

In dem Artikel tritt Hesse den Beweis an, daß in der KPD. tatsächlich schlechte Kerle sind, und zwar beruft er sich auf die Ausführung des Werksgemeinschafters Zorn, der da gesagt hat: „Die Einigung in den Gewerkschaften sei deshalb so schwer, weil die Kommunisten stets parteipolitische Ziele verfolgten." **Wir wollen hier auf das blödsinnige Geschmiere, das sich in einer persönlichen Hetze gegen unseren Genossen Lademann auswirkt, nicht weiter eingehen.** Aber eins wollen wir Hesse ins Gedächtnis rufen, daß gerade **seine gewerkschaftsschädigende Tätigkeit in der Oberröblinger Versammlung vom 22. März sehr deutlich enthüllt wurde,** insofern, daß nach den außerordentlich radikalen Ausführungen von Hesse der deutschnationale Stinnes-Direktor **Leopold** auftrat und sagen konnte:

„Herr Hesse, ich erkenne Sie heute in Ihrer radikalen Rede gar nicht wieder, wenn wir bei einer guten Zigarre am Tisch verhandeln, sind Sie viel gemütlicher."

Was hat Hesse dem Grubenbaron Leopold darauf erwidern können, nichts, rein gar nichts.

Hesse saß wie ein geprügelter Schulbube auf seinem Stuhl

und rührte sich nicht mehr. Daß die Oberröblinger Kameraden die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkannt haben, beweist, daß Tausende von Kameraden auf Grund zielklarer und energischer Kleinarbeit der Kommunisten wieder in den BAV. zurückgekehrt sind. Aber gerade die praktischen Taten eines Hesse stoßen jeden ehrlichen Arbeiter vor den Kopf, da sie mit der arbeiterfreundlichen Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer niemals einverstanden sind. Hesse schreibt einen Artikel in der Absicht, den Verbandskameraden in den anderen Bergrevieren Sand in die Augen zu streuen, um dann von der sogenannten Einflußlosigkeit der Kommunisten zu reden. Gerade die Betriebsrätewahlen im Oberröblinger Bergrevier, wo auf den freigewerkschaftlichen Listen nur Kommunisten kandidierten, beweist so treffend die Lügen eines Hesse. Auf drei Werken ist bisher die Wahl getätigt und gewählt wurden 18 Kommunisten auf freigewerkschaftlichen Listen und nur 2 Werksgemeinschafter, trotzdem dieselben mit Hilfe von Stinnes-Geldern alles mögliche aufgeboten hatten, um den Einfluß der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit zurückzudämmen.

Wir fordern Hesse öffentlich auf, von seiten des Bergarbeiterverbandes eine öffentliche Versammlung für Bergarbeiter in Oberröblingen einzuberufen.

Wir sind uns klar darüber, daß auch hier wieder die kommunistischen Gewerkschafter für einen Massenbesuch sorgen werden, und dort wird sich in aller Oeffentlichkeit unser Genosse Lademann Herrn Hesse zur Verfügung stellen und ihn entlarven als das, was er ist, ein gemeiner Heuchler und Lügner.

Die Bedeutung des 26. April

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Vorwärts", das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, in seiner Sonntagausgabe vom 5. April folgendes:

Als vor vier Jahren der gewaltsame Versuch gemacht wurde, die schwarzweißrote Fahne über Deutschland wieder aufzurichten, da erhob sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wie ein Mann, um für die Republik einzustehen. Nur dem Generalstreik der Arbeiterschaft ist es zu danken, daß der Kapp-Putsch zusammenbrach.

Aus dieser Niederlage hat die Reaktion etwas gelernt. Sie hat seitdem hartnäckig den Versuch gemacht, mit legalen Mitteln sich der Republik zu bemächtigen. Das Ziel ist das gleiche geblieben.

Die Reaktion will die schwarzweißrote Flagge über Deutschland hissen und die Republik beseitigen. Sie will mit der Monarchie die unbeschränkte Herrschaft des Kapitals aufrichten und die Arbeiterschaft in das alte Hörigkeitsverhältnis des Dreiklassensystems hinabdrücken. Das ist der Sinn der Reichspräsidentenwahl am 26. April.

Diese Wahl wird und kann nicht entscheiden zwischen Sozialismus und bürgerlicher Gesellschaft, sondern zwischen Republik und Monarchie. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, die am 29. März restlos für den Kandidaten der Sozialdemokratie eingetreten ist, hat die Entscheidung in der Hand, ob am 26. April der Kandidat der Monarchisten, der Schwerindustriellen und der Junker, oder ob der Vertrauensmann der republikanischen Parteien zum Reichspräsidenten gewählt wird.

Die Sozialdemokraten haben es bisher meisterhaft verstanden, die Arbeiterschaft hinters Licht zu führen. Die von ihnen hier angewandte Taktik setzt allem bisher Dagewesenen die Krone auf und würde einem Jesuiten, dem bekanntlich ja jedes Mittel recht ist, um zum Ziele zu gelangen, durchaus Ehre machen. Leider ist es den Sozialdemokraten bisher immer noch gelungen, der Arbeiterschaft vorzutäuschen, als ob bei der Reichspräsidentenwahl die Frage Republik oder Monarchie zur Entscheidung steht. Auf der einen Seite schwarzrotgold die Republikaner, auf der anderen Seite schwarzweißrot die Schwerindustriellen und Monarchisten. Diese demagogische Fragestellung zwingt uns, die Dinge auf ihren wirklichen Inhalt zu untersuchen. Wir müssen uns deshalb die Frage vorlegen, ob die beiden oben genannten Richtungen sich wirklich dadurch unterscheiden, die Monarchisten, dort Republikaner; und wenn wir uns diese Frage selbst beantworten, so müssen wir feststellen, daß es sich zwar im schwarzweißroten Lager um ausgesprochene Monarchisten handelt, die aber ihre Ziele auch auf legalem Boden innerhalb einer Republik erreichen können und zweifellos auch erreicht haben. Sie wollen, so sagt der „Vorwärts", die unbeschränkte Herrschaft des Kapitals aufrichten. Als ob die Kapitalisten, dank der Politik der Sozialdemokraten, nicht heute schon die volle Gewalt in ihren Händen haben und als ob der Arbeiterschaft nicht bekannt ist, daß **heute schon das Kapital eine Herrschaft aufgerichtet hat, wie sie zuvor nicht existierte.** Was nun das schwarzrotgoldene Lager anbetrifft, muß die Frage, ob es sich hier um republikanische Parteien handelt, mit Nein beantwortet werden. Wenn auch die Sozialdemokraten heute den Anschein hervorzurufen versuchen, als ob sie echte Republikaner wären, so ist doch auf dem Magdeburger **Ebert-Prozeß einwandfrei festgestellt worden, daß die Sozialdemokraten ausgesprochene Monarchisten sind.**

Reichskanzler a. D. Fehrenbach gab am 23. März im Ebert-Prozeß folgende Erklärung ab:

„Ebert war auch durchaus kein Revolutionär! Er hat uns öfter angedeutet, er und seine politischen Freunde seien wohl Sozialdemokraten, aber sie könnten ihre Ziele auch innerhalb einer vernünftigen Monarchie erreichen."

Das „Acht-Uhr-Abendblatt" in Berlin zitiert Fehrenbach wie folgt:

„In der Woche vor der Revolution kam Ebert in mein Arbeitszimmer und erzählte, wie er in zwei Versammlungen vor dem revolutionären Gedanken abgeraten habe. Er sprach mit mir im Anschluß daran über das was kommen würde. Ebert betonte, daß seine Partei sozial und demokratisch sei. Er versicherte mir, daß die Person des Kaisers unmöglich geworden sei, daß man aber bereit sei, etwa den ältesten Sohn des Kronprinzen als Kaiser anzuerkennen."

Die Sozialdemokraten wagten es nicht, diese für sie geradezu niederschmetternde Anklage zurückzuweisen. Im Gegenteil schrieb der „Vorwärts" am 24. März:

Die Bekundung, (von Fehrenbach) die nichts Neues enthält, ist richtig. Eberts Bestreben war, Deutschland nach der Niederlage, die Ludendorff damals eingestanden hatte, mit möglichst geringen Erschütterungen einem erträglichen Frieden entgegenzuführen.

Erst als die Arbeiter, gegen den Willen der SPD.-Führer, die Kaiser und Könige zum Teufel gejagt hatten, übernahm der Hohenzollern-Knecht Ebert unter heuchlerischer republikanischer Maske die „Reichsverweserschaft" als Platzhalter der Hohenzollern.

Trotz dieser einwandfreien festgestellten Tatsachen versuchen die Sozialdemokraten, die Geschichte umzufälschen und sich als Antimonarchisten, als Republikaner hinzustellen. **Die Sozialdemokraten, die durch Ebert als Reichspräsident, einem ausgesprochenen Monarchisten die Bildung der Regierung übertrugen** und die als erste ihrer Regierungshandlungen darüber abstimmen ließ, ob Deutschland weiterhin als Republik erhalten oder einem Monarchen Platz machen soll, und aus Zweckmäßigkeitsgründen, weil sie doch auch in der Republik ihre Herrschaft auffrischen könne, sich für die Republik entschieden — **kann von keinem Arbeiter als republikanische Partei betrachtet werden.** Aber auch wenn die Sozialdemokratie wirklich den Kampf aufnehmen wollte für „diese Republik",

so kann der Arbeiterschaft an „dieser Republik" ein Dreck gelegen sein.

Für die Arbeiterschaft handelt es sich um den Inhalt der Staatsform

und nicht um die äußere Maskerade. Das ist das Entscheidende. **Der Inhalt „dieser Republik" ist die Herrschaft des Kapitalismus, Unterdrückung und Verfolgung der Arbeiterklasse, 12- und 14-stündige Arbeitszeit, elende Löhne. In keinem Stadium der kapitalistischen Herrschaft, zu keiner Zeit der monarchistischen Staatsform wurden soviel Arbeiter in die Gefängnisse, in die Zuchthäuser gesteckt, wie zu der Zeit, wo ein Sozialdemokrat an der Spitze „dieser Republik" die Politik bestimmte und verantwortlich für alle diese Handlungen war.** Hieraus ergibt sich die Beantwortung der Frage Monarchie oder Republik von selbst.

Angesichts dieser Tatsachen wird für die Gewerkschaftsmitglieder die Entscheidung am 26. April nicht schwer sein. Sie wird um so leichter sein, da die Arbeiterschaft nunmehr feststellen konnte, daß die Abgabe der Stimmen für Braun nicht der Sozialdemokratie gegolten, sondern für den Ruhrgelder-Marx, dem Vertreter des schwarzen Zentrums abgegeben wurden. Schon rebelliert ein Teil der sogenannten „linken Sozialdemokraten", es wird ihnen nichts nützen. Der Verrat ist perfekt.

Die revolutionären Gewerkschaften werden aus allen diesen Gründen am 26. April nur den Vertreter der Arbeiterklasse ihre Stimme geben, und zwar dem Transportarbeiter

Ernst Thälmann.

Die Spitzengewerkschaften bei der Regierung

Die Spitzengewerkschaften aller gewerkschaftlichen Richtungen waren wieder einmal beim Reichskanzler vorstellig. In ihren Darlegungen trat die Befürchtung hervor, daß infolge weitgehendster Schonung des Besitzes wichtige Interessen der Arbeiter, insbesondere auf dem Gebiete der Sozial- und Steuerpolitik, gefährdet seien. Die Reichsregierung nahm die Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter zur Kenntnis und stellte eine Prüfung der vorgetragenen Wünsche in Aussicht.

Der 1. Mai der Reformisten

Keine Arbeitsruhe?

Der „Vorwärts" druckt einen Aufruf der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zum 1. Mai ab, der die Arbeiter und Angestellten auffordert, für Achtstundentag, Abrüstung und Frieden zu demonstrieren. Auf den Aufruf, der manche Phrasen „gegen den Kapitalismus" enthält, werden wir noch ausführlicher zurückkommen. Das Reden vom Frieden und dem Achtstundentag nimmt sich in dem Munde der ärgsten Kriegshetzer und Saboteure des Achtstundentages besonders schön aus.

Das köstlichste aber ist, was die deutschen Reformisten diesem Appell anhängen: Von einer Arbeitsruhe am 1. Mai soll nach ihrem Willen so gut wie abgesehen werden, da es heißt, daß sie nur dort stattfinden könnte, wo sie „ohne Schädigung der Beteiligten möglich und zweckmäßig ist"!

Für die Arbeitsruhe am 1. Mai

Erfolge im Holzarbeiterverband

Bei den Wahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongreß wählten die Holzarbeiter in Zörbig die kommunistischen Kandidaten mit 16 gegen 4 bzw. 17 gegen 3 Stimmen. Weiter wurde mit 17 gegen 2 Stimmen beschlossen,

am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Die Arbeiter der übrigen Verbände müssen diesem Beispiel folgen.

*

Bei den **Wahlen der Delegierten zum Verbandstag** wurden in der Zahlstelle **Bockwitz** für den **Genossen Naumann, Mühlberg, 45 Stimmen abgegeben.** Zimmermann von der SPD. erhielt 10 Stimmen, Mücker, ebenfalls SPD., erhielt 3 Stimmen. Als Delegierter zum **Gewerkschaftskongreß** erhielt **Genosse Naumann, Mühlberg, 50 Stimmen,** der Gauvorsitzende 10 Stimmen.

Die Reformisten müssen lügen

Der „Volksbote", das sozialdemokratische Organ für die Kreise Zeitz, Weißenfels und Naumburg bringt am 26. März unter „Zeitzen" einen Artikel, in dem behauptet wird, daß unser Genosse Baumann in einer Bergarbeiterversammlung den „traurigen Mut" besessen hätte, zu sagen: „Was gehen uns die alten Leute an, laßt sie doch verhungern." Dieser Darstellung wollen wir die wirklichen Tatsachen gegenüberstellen und der Arbeiterschaft dann die Beurteilung überlassen.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: In der schon erwähnten Versammlung wurde die Erhebung eines Lokalbeitrages besprochen und die Notwendigkeit damit begründet, daß eine moralische Pflicht bestehe, notleidende Kollegen zu unterstützen. Da den Kollegen bekannt war, daß die Gewerkschaften Geld übrig hatten, um Ruhraktien zu kaufen und auch Barmat 300 000 Mark leihen konnten, kam es zu Zwischenrufen, bei denen der Genosse Baumann sagte, daß die Gewerkschaften alle Ursache hätten, von diesem Gelde notleidende Kollegen zu unterstützen. Diesen Vorgang benutzen die Sozialdemokraten, um die Kommunisten auf das gemeinste zu verleumden. Wie unberechtigt die Reformisten sind, sich als diejenigen hinzustellen, die die Notleidenden unterstützen, geht aus Nachstehendem, vom Bergarbeiterverband, Bez. Zeitz, an den Genossen Kanigs gerichtetes Schreiben vom 30. Oktober 1924 hervor, in dem es heißt:

Werter Kamerad!

Von der Ehefrau Minna Röhling ist uns ein Gesuch um Notunterstützung unterbreitet worden. Das Gesuch ist von Deiner Person als wahrheitsgemäß bestätigt worden. Die Bezirkskommission hat vor sehr kurzer Zeit, infolge unserer finanziellen Schwierigkeiten, zu dem eingehenden Gesuch Stellung genommen. Dort haben die Kameraden den Standpunkt vertreten, daß eine Unterstützung nur in den dringendsten Notfällen gewährt werden könnte . . . Ich muß Dir leider mitteilen, daß wir das Gesuch nicht berücksichtigen können . . .

Wäre unsere Lage, in der wir uns befinden, nicht mit gewissen Schwierigkeiten verbunden, da würden wir keine Einwände machen, der Frau etwas zu bewilligen. Wir können dies jetzt leider nicht und muß ich Dich daher ersuchen, der Frau in schonender Weise das beizubringen. Wir haben weit krassere Fälle als wie der im Gesuch enthaltene. Auch dort können wir nicht lindernd eintreten, weil uns dazu die Mittel fehlen. **Ich kenne vollständig Erwerbslose, die eine zahlreiche Familie haben und keine Unterstützung mehr bekommen, weil sie ausgesteuert sind. Sie sind direkt aufs Betteln oder Stehlen angewiesen. Auch dort ist es uns nicht möglich, hilfreich beizuspringen.** Das müssen auch unsere Funktionäre einsehen und den Mitgliedern schon von vornherein erklären, daß es augenblicklich schwer hält, Notunterstützung in solchen Fällen zu zahlen.

Ich ersuche Dich, der im Schreiben angegebenen Bitte zu entsprechen und grüße bestens

gez. Werker.

Es erübrigt sich wohl, dieser Darstellung noch einen Kommentar zuzufügen.

Lohnabkommen für das Straßenbaugewerbe Mitteldeutschlands

In unserer Ausgabe vom Freitag haben wir das neue Lohnabkommen veröffentlicht.

Wie uns der Zentralverband der Steinsetzer mitteilt, beträgt der **Lohn für Rammer nicht 90,** sondern **99 Pf.** pro Stunde.

Achtung, kommunistische Fabrikarbeiter, Halle

Am **Freitag,** dem 10. April, nachmittags 3 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, eine Fraktionssitzung aller kommunistischen Fabrikarbeiter statt. Referent zur Stelle. In Anbetracht der Wichtigkeit der Sitzung muß jeder Genosse bestimmt erscheinen. **Die Fraktionsleitung.**

Eisenbahner!

Am Freitag, dem 10. April, vormittags 10 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft, Halle, Lerchenfeldstraße 14, eine **wichtige Sitzung** aller bei der **Reichseisenbahn beschäftigten Kommunisten** statt. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige und muß jeder Genosse pünktlich erscheinen. **Die Fraktionsleitung.**

Metallarbeiter, heute abend 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Volkspark"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250407-18/fragment/page=0008